Die „Volkswacht" erscheint täglich Nachmittag außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, durch die Post und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2,50, pro Woche 20 Pf. Postzeitungsliste Nr. 8170.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Telephon Nr. 1206.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Nr. 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt".

Insertionsgebühr beträgt für die eingespaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 22. Mittwoch, den 27. Januar 1904. 15. Jahrgang.

Zur Lage der Unteroffiziere.

Dem „Vorwärts" werden folgende interessante Zeilen geschrieben:

Vielen stellt es sich so dar, als müßten Unteroffiziere und Sozialdemokratie die erbittertsten Gegner sein. Man meint, daß die Sozialdemokratie als Vertreterin der Unterdrückten und die Unteroffiziere als ausführende Organe einer volksgegnerischen Heeresdisziplin in schroffem Gegensatz zu einander stehen.

Diese Auffassung ist jedoch nicht berechtigt und, sofern wirklich dieser Gegensatz besteht, ist er beklagenswert.

Selbstverständlich wäre es ganz oberflächlich, die Unteroffiziere einfach deshalb scheel anzusehen, weil sie den bunten Rock länger als zwei Jahre tragen. Der Unteroffizier „an sich" ist eine Notwendigkeit in jedem Heer, auch eine sozialdemokratische Volkswehr hat Kräfte nötig, die durch längere Ausbildung größere Schulung besitzen und die Führung der kleinsten Abteilungen besorgen.

Der Widerwille gegen die Unteroffiziere in der Arbeiterbevölkerung richtet sich vielmehr gegen die Stellung, die heute den Unteroffizieren im Drillheer angewiesen ist. Gewiß bringt die ganze heutige Heereseinrichtung es mit sich, daß häufig solche Leute über ihre aktive Dienstpflicht hinaus kapitulieren, welche für andere bürgerliche Berufe sich wenig eignen. Es wäre aber falsch, diese Tatsache einfach zu verallgemeinern und daraufhin geringschätzig über den Unteroffizier im allgemeinen zu denken. Gerade die Arbeiterklasse weiß doch, daß das heutige Wirtschaftssystem die Berufswahl für viele ungemein erschwert. Alle Berufe sind überfüllt, alle Stellen besetzt, da entschließt sich mancher, bei der Truppe zu bleiben, um nicht der schlimmsten Not anheimzufallen.

Ja, man muß sagen: Giebt es Besitzlosere, als die Unteroffiziere? Der Arbeiter hat doch wenigstens einen Rock, der ihm gehört, die Unteroffiziere stehen nach jahrelangem Dienste da, ohne eine Unterhose auf den Beinen zu haben, die ihnen gehört, denn alles, was sie auf dem Leibe haben, gehört dem Staate; sie müßten denn von ihrer geringen Löhnung Ersparnisse gemacht haben. Auch die Nahrung ist nicht genügend, sie besteht täglich in der Hauptsache aus Kartoffeln und Kommißbrot; 90 Gramm Fleisch inkl. Sehnen, Fett und Knochen sind für einen ausgewachsenen Männermagen nach einem Dienst fast nur in frischer Luft für 24 Stunden doch wirklich etwas zu wenig. Das bare Geld, 72 Pfennig pro Tag, bleibt hinter der Entlöhnung in den entlegensten Gegenden zurück; davon gehen zehn Pfennige zwangsweise in die Sparkasse, zwei Pfennige in die Vergnügungs-Vereinskasse des Bataillons, bleiben 60 Pfennige. Und wie wohnt der Unteroffizier? Mit vielen in einem Raum zusammengepfercht viele Jahre hindurch, wie die polnischen Erntearbeiter es während weniger Monate oft nicht schlechter haben.

Abgesondert von der ganzen übrigen Welt leben die Unteroffiziere dahin, hier unter eiserner Befehlsmacht stehend, dort zu den schlechtesten Elementen der Menschheit gerechnet. In wie vielen lebt die Empfindung ihrer schrecklichen Lage, aus der sie sich hinaussehnen, ohne dazu die Möglichkeit zu haben!

Man glaubt im Volke, die Unteroffiziere seien eine Art Zubehör der herrschenden Klasse, ja ihr schlimmster Abhub. Es ist aber ungerecht, die Zwangslage, in der sich viele dieser Leute um ihrer Existenz willen befinden, zu verkennen.

Allerdings die Mißhandlungen! Kein Wort ist scharf genug, um sie zu verdammen. Aber gerade die Sozialdemokratie unterscheidet sich auch in der Beurteilung dieser Skandalosa von der Beurteilung, wie sie die Vertreter des heutigen Heersystems, beispielsweise der Kriegsminister, vorzubringen pflegen. Die Vertreter des heutigen Heeressystems verurteilen stets die Individuen, die sich Mißhandlungen zu schulden kommen lassen; die Sozialdemokratie erkennt, daß das System selbst die Schuld trägt und daß die Individuen auch hier die Opfer des Systems sind. Den Unteroffizieren fehlen meist alle pädagogischen Fähigkeiten und die Menschenkenntnis, die zu ihrer Aufgabe nötig wäre. Es werden ihnen eine Anzahl von jungen Leuten übergeben, die in Charakter und an Fähigkeiten ganz verschieden veranlagt sind, um aus ihnen in stetem engsten Beisammenleben völlig und gleichmäßig ausgebildete Soldaten zu gestalten. Die Anforderungen aber, die an die Ausbildung gestellt werden, sind übermäßige. Eine unsägliche Arbeit wird auf die Vorstellungen, Paraden 2c. verwendet. Die Offiziere stellen unerfüllbare Anforderungen an die Unteroffiziere, weil sie wiederum bei ihren höheren Vorgesetzten „gut abschneiden" wollen. Ein schwerer Druck lastet von oben auf den Unteroffizieren. Schwache Charaktere unterliegen dem Druck. Mit den kleinen Chikanen bei den Turn-Hilfsstellungen fängt es an, dann kommen Knüffe, Stöße, Ohrfeigen. Es gehört im heutigen System eine wahre Kunst dazu, sich vor jeder Tätlichkeit zu hüten; würde alles bekannt, was im Kasernenbereich geschieht, bei 75 Prozent der Unteroffiziere ließen sich zahlreiche Uebertretungen des Gesetzes feststellen.

Trotz aller Klagen und trotz aller Zusagen der höheren Armeeführer wird dieser Zustand nicht besser, weil man das Uebel nicht an der richtigen Stelle faßt, weil das Unteroffiziermaterial sich nicht bessert, weil die Voraussetzungen für gründliche Aenderung fehlen.

Die Sozialdemokratie kann nicht dabei stehen bleiben, die Ausschreitungen der Unteroffiziere zu brandmarken, sondern soll im Auge behalten, durch welche soziale und im Militärsystem beruhende Ursachen der Unteroffizierstand heute in die denkbar unerquicklichste Lage gekommen ist. Der Versuch, gerade die Unteroffiziere zu verständnislosen Bekämpfern der großen Freiheitsbewegung des Volkes auszunutzen, muß dann vollends scheitern. Wenn durch Gewalt verhindert wird, daß der Bürger im „gemeinen" Soldatenrock politische Anschauungen hegt, so muß auch die unberechtigte Ausnutzung der Unteroffiziere zu politischen Zwecken mehr und mehr beseitigt werden. Die sachliche Beurteilung der Lage der Unteroffiziere wird diese ebenso unempfindlich gegenüber den sozialistenfresserischen Reden der Offiziere machen wie die „gemeinen Soldaten" unempfindlich sind gegen den Versuch, reaktionäre Politik im Heere zu betreiben.

Politische Uebersicht.

Das Zentrum gegen das Reichstagswahlrecht. Eine Partei, die aufrichtig für das Wohl des Volkes und die Wahrung seiner Ehre eintritt, wird das allgemeine gleiche, direkte und geheime Wahlrecht immer und überall als eine grundsätzliche Forderung ihres Programms betrachten müssen. Denn jedes Wahlrecht, das einen Teil des Volkes privilegiert und ihm einen größeren Einfluß auf die Gesetzgebung einräumt als dem „gemeinen Volke", bedeutet nicht nur eine Ehrenminderung der großen Masse, sondern auch ihre schwerste wirtschaftliche Benachteiligung.

Das Zentrum pflegt zwar bei jeder Reichstagswahl so zu tun, als ob es diesen Satz anerkennte, der auch für die große Masse seiner Wähler eine Selbstverständlichkeit ist. Kaum aber sind die Wahlen vorüber, so wirft es auch schon die demokratische Maske ab. Am Sonnabend erklärte Herr Bachem im Preußischen Landtag:

„Daran ist nicht zu denken, das Reichstagswahlrecht einfach auf das Land zu übertragen. **Wir betrachten das Reichstagswahlrecht nicht als Ideal, und wir wissen alle, welch ein Mißbrauch mit diesem Wahlrecht getrieben wird.**"

Der Mißbrauch, der mit dem Reichstagswahlrecht getrieben wird, besteht nämlich darin, daß die Reichstagswähler nach ihrer Ueberzeugung wählen und daß diese Ueberzeugung nicht immer den Ansichten des Herrn Bachem und seiner protestantischen Bundesgenossen von der konservativen Partei entspricht.

Ueberflüssig, ein Wort mehr darüber zu sagen. Wenn es in christlichen Arbeiterkreisen überhaupt eine Spur von politischem Verständnis giebt, wird Herrn Bachems Wort auch ohne weitläufige Erklärung seine Wirkung nicht verfehlen. Nur daran sei erinnert, daß das Zentrum in früheren Jahren einmal einem freisinnigen Antrage auf Einführung des gleichen Wahlrechts zugestimmt hat. Das Zentrum ist bereit, für jede volksfreundliche Forderung zu stimmen, wenn es weiß, daß es damit in der Minderheit bleibt. Auf deutsch nennt man eine solche Politik Falschspielen.

Sozialdemokratie und Kulturfortschritt. Professor Dr. Kindermann von der Universität Heidelberg äußerte sich in einem vom Volksbildungsverein Pirmasens veranstalteten Vortragsabend, bei dem er über „Zwang und Freiheit, ein weiterer Generalfaktor im Völkerleben" sprach, unter anderem:

daß das Maß der Ansprüche ans Leben noch lange nicht erreicht ist, daß auch der arbeitenden Bevölkerung gebührt und daß das, was dem Arbeiter heute zusteht, nicht erreicht wäre, **wenn nicht die Sozialdemokratie die Rechte und Ansprüche der Arbeiterklasse mit eiserner Faust geltend**

Im Wirbel.

Von Carl Morburger.

13] (Nachdruck verboten.)

Nein! Es ist nicht das Leben selbst, es sind nicht die Menschen, die so sind! Alles wird erst gemein gemacht! War Pepi nicht gut und rein, war sie nicht ganz Natur? Schön, gut, rein, edel wie die Natur? Und jetzt? – jetzt?! Nicht Menschen können so verändern – da steckt ein Dämon dahinter!

Ah, wenn man den fassen könnte, so, so — ihn zwischen die Fäuste bekommen, zerreiben, zerreiben. — Aber wo, wer, was ist er? Trägt er eine Tarnkappe? Herrgott! Herrgott! daß man dem so schutzlos preisgegeben ist, daß man sich seiner nicht erwehren kann, daß man so ein Nichts ist gegen seine Allmacht . . . o, daß man alles gemein werden lassen muß. Was nützt es, wenn man mit den Fäusten um sich schlägt?! Man trifft dieses Etwas nicht!

Da, da schleicht's in einen herein, nistet sich in Hirn und Kopf . . . o, diese große Seuche! Wo sind die Keime? Wo?!

Wo?!

Herrgott! Wo?! Wo?! Wo?!

Ein wildes Stöhnen.

Ah, man kann ja des Lebens gar nicht froh werden, man muß ja zu Grunde geh'n bei all dem Jammer. Wie heraus aus dem Sumpfe? Führt nur der Tod heraus? Aber das kann ja nicht sein. Wozu ist dann die Welt, wozu das Leben? Gott kann ja all' das Große, Herrliche uns nicht zur Qual geschaffen haben. Es ist ja nicht möglich, daß dieses alles geschaffen, erstanden, damit es uns zur Verzweiflung treibt. Das wäre ja grausam, raffiniert grausam . . . das, das sind ja . . . Ist denn jeder von uns ein Tantalus?! Ein Tantalus, der die Labsal sieht und verschmachten muß. Ein Tantalus, der zehnhunderttausendfache Strafe erleidet . . . und warum Strafe? Warum Strafe?! Eine Antwort, die mehr als Phrase ist, will ich haben!

Warum die Qual, warum die Strafe?!

Und er grübelt nach der Antwort, wild und leidenschaftlich. Krampfhaft sucht er sie. Aber vergebens. Nur eines wird ihm klar, eines wird er sich bewußt: Daß er bis heute dem Leben weltfremd gegenüber gestanden, daß er neben oder über ihm gegangen ist, aber nicht mit ihm. Er weiß aber auch, daß dieses Traumleben nun ein Ende hat und haben muß. Er fühlt, daß er über diese Erschütterung nicht hinwegkommt, daß sie einen Merkstein in seinem Sein bilden wird.

Jetzt steht er mitten d'rin im Leben!

Mitten d'rin — als Hammer oder Amboß?

Er grübelt, was er werden, wie er sich dem Leben gegenüber stellen soll.

„Alles, nur nicht gemein werden", schreit es in seinem Innern auf. „Und das Gemeine bekämpfen — überall — immer — und die Keime dieser Pest suchen — — die Keime."

Er springt auf:

„O, ich will dem auf den Grund kommen! O, wie ich diese . . . diese Pest der Gemeinheit hasse . . . wie ich sie hasse!"

Sein Wesen ist verändert. Wild, leidenschaftlich, energisch ist er. Er richtet sich hoch auf.

„O, ich will den Keim suchen! Ich will . . . ich will . . .!"

Eine Flut wüster Gedanken wogt in seinem Hirn. Ein Branden hastender Entschlüsse. — —

Er geht nach Hause. Dort findet er Herrnfeld. Dieser sieht sogleich die Wandlung, und er will das Eisen schmieden, so lange es heiß ist. Er schlägt einen Spaziergang vor und frägt, wohin Steinmüller wolle.

„In's Leben! In's Leben hinein!" ruft der.

Und sie gehen hin, wo das Leben heiß brodelt: in den Prater. Steinmüller ist ganz Auge und Ohr. Das Verträumte ist von ihm gewichen. Er sieht Dinge, an denen er sonst achtlos vorüber gegangen, und er spricht über sie. Er ist ein Sehender geworden.

Es ist halb zwölf Nachts, als sie, aus dem Prater kommend, im eifrigen Gespräche die Rossauer Lände heruntergehen. Da stutzen sie beide. Ein seltsames Bild gewahren sie.

Dicht am Ufer der Donau steht eine Gruppe. Ein Kinderwagen, darin ein Säugling. Neben demselben ein Weib, an jeder Hand ein kleines Kind, und alle weinen. Die Kinder klammern sich an den schäbigen Rock.

Vor ihnen zwei junge Leute in Arbeitstracht, der eine schwer auf den Stock gestützt.

Ueber die Gruppe leuchtet fahl der Mond und wirft hagere, gespenstische Schatten-Skelette.

Ein tränenerstickes Schluchzen und dazu leise — schwer — monoton — bleiern — das Rauschen der Donau.

Die beiden Maler halten an. Sie hören es gedämpft herüberkommen:

„Du — mir scheint, den einen kenn' ich."

„Red' mit ihm."

Der eine löst sich von der Gruppe und humpelt herbei. Es ist Anton.

„Gut'n Abend, Herr Steinmüller!"

Die Beiden nicken ihm zu.

„Schau'n S', meine Herren, da — mir kommen g'rad' aus 'n Verein, und wie mir geh'n — hör'n ma — na schau'n S' die Frau dort — in's Wasser hat's geh'n wollen — mit d' Kinder! Mit d' Kinder!"

„Warum? Warum?"

„Aber, ich bitt' Ihna, so a Elend! Der Mann, a Maurer — na, mein Gott — er hat lang' ka Arbeit g'habt — und d' Frau war g'rad' nach der Entbindung — und ka Brot im Haus — da hat er dös Elend nit anseh'n können und hat sich aufg'hängt."

„Furchtbar! furchtbar!" murmelt Steinmüller.

„Dös is drei Wochen her — alles was s' g'habt hab'n, is tschari g'gangen — jetzt san s' delogiert word'n — aussig'setzt auf's Pflaster — auf d' Gassen, und da hat s' halt a End' machen wollen."

„Ja, warum geht sie nicht in's Asyl oder zur Polizei?" frägt Herrnfeld.

„Aber ich bitt' Sie — sie is nach an mährischen Nest zuständig, wo's kan Menschen kennt, und da schiebt man s' ab, weil s' mittellos is. „Vagabandage" heißt dös. Und dort hat s' keinen Verdienst und kann erst recht zu Grund geh'n — oder ihr Lebtag betteln."

„Man muß etwas für sie tun", sagt Steinmüller.

„Ja — bitt' schön, meine Herr'n, tun S' was! Schau'n S' — die Kinder! Die armen Würmer!"

Herrnfeld kennt einen Gastwirt, der auf seine Empfehlung hin den Obdachlosen für einige Zeit Quartier gibt. Er schreibt einige Zeilen an ihn und gibt ihr die Adresse. Auch einiges Bargeld, das sie untereinander gesammelt, geben sie ihr.

Unter Tränen und kraftlosen Dankesworten schleicht die Truppe fort. Ihre dünnen Schatten recken sich verzerrt und phantastisch am Boden — ein Totentanz.

Die Vier blick'n schweigend nach. In das Wimmern und Schluchzen mengt sich das dumpfe Rauschen der Donau.

Sonst wuchtige Stille.

Dann flüstert Anton:

„Was nur aus den Kindern werden wird?"

Schneidend, schrill, höhnisch lacht Haller:

„Stützen der Gesellschaft werden sie!"

Wieder eine Pause; dann Steinmüller:

„Muß denn derlei sein auf der Welt? Soviel Jammer, soviel Elend, soviel Nacht?"

Haller sieht den Frager scharf an. Dann sagt er:

„Muß? Nein!"

„Und warum ist es?"

„Darüber müßte man gründlich reden . . ."

„Wenn Sie wollen . . ."

„Gut", sagt Haller, „geh'n wir. Anton, Du kannst inzwischen dem anderen Herrn vom — Leben erzählen."

Sie gehen paarweise dahin.

Steinmüller hört, was Haller spricht, und es ergreift ihn mächtig. Es klärt seine Gedanken, und es gibt ihm die Antwort auf die Frage, die er sich vorhin gestellt. Er bricht mit der Theologenweisheit, mit der Erbsünde, die alle Qual geschaffen. Er nickt eifrig, glutvoll, da Haller spricht:

(Fortsetzung folgt.)

und den übrigen Volksklassen begreiflich machen würde, daß auch die Arbeiter noch da sind.

Es gehört schon einiger Mut dazu, in unserer heutigen Zeit solche Wahrheiten auszusprechen und nicht jedem Professor ist dieser Mut zu eigen.

Die Abstimmung unserer Fraktion zur Südafrika-Verteidigung. In der Generalversammlung des Wahlkreises Teltow-Beeskow/Charlottenburg leitete Genosse Wepker eine Besprechung über die Haltung der Reichstagsfraktion zum Herero-Aufstand ein. Nach kurzer Begründung, in der er ausführte, daß es ihm fern liege, die Angelegenheit besonders aufbauschen zu wollen, und nachdem er auf den Charakter unserer Kolonialpolitik hingewiesen, ersuchte er um die Annahme der nachstehenden Resolution:

„Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg kann sich mit der Haltung der Reichstags-Fraktion gegenüber der Forderung zur Unterdrückung des Aufstandes der Hereros nicht einverstanden erklären.

Von vornherein steht sie auf dem Standpunkt, daß sich die Vertreter unserer Partei in keinem Falle der Abstimmung enthalten sollen.

In dem besonderen Falle hält die Versammlung die prinzipielle Verweigerung aller Forderungen, die zur Fortsetzung der ausbeuterischen, gemeinschädlichen kapitalistischen Kolonialpolitik dienen, für geboten.

Namentlich kann sie keinen Grund dafür einsehen, Mittel zur Unterdrückung eines Volkes zu bewilligen, das um seine, von Kapitalisten bedrohte Existenz kämpft.

Die Versammlung spricht daher den Wunsch aus, die Fraktion möge ihre Stellung einer nochmaligen Prüfung unterziehen und die geforderten Geldmittel in der 3. Lesung verweigern.“

Der Abgeordnete Zubeil empfahl die einstimmige Annahme der Resolution und ihre sofortige Ueberweisung an den Fraktionsvorstand. Weiter führte der Redner aus:

Als die Forderung der Regierung im Reichstag bekannt wurde, sei er in Uebereinstimmung mit andren Fraktionskollegen der Meinung gewesen, daß wir selbstverständlich dagegen stimmen müßten, ohne daß es erst einer Fraktionssitzung bedürfe. Ein Fraktionsmitglied sei aber der Ansicht gewesen, daß sich die Fraktion über diese Angelegenheit schlüssig werden müsse. Es habe denn auch eine Sitzung stattgefunden, und zwar am Montag, wo viele auswärtige Abgeordnete, die Sonnabends nach Hause reisen, noch nicht zurück waren. Die Sitzung sei deshalb schwach besucht gewesen. Einige Genossen hätten die Bewilligung der Regierungsforderung gewünscht, weil sie meinten, es handle sich um den Schutz des Lebens und Eigentums von deutschen Reichsbürgern. Diese Ansicht habe nicht die Zustimmung der Mehrheit gefunden. Auf den Vorschlag eines Fraktionsmitgliedes sei dann beschlossen worden, sich der Stimme zu enthalten. Es sei anzunehmen, daß, wenn die Angelegenheit in der regelmäßigen, stets gut besuchten Fraktionssitzung nochmals behandelt werde, ein entgegengesetztes Resultat zu stande komme, und die Fraktion in der dritten Lesung gegen die Regierungsforderung stimme. Wir müßten den Mut haben, durch unsre Abstimmung zu zeigen, daß wir nach wie vor Gegner der Kolonialpolitik der Regierung sind.

Nachdem auch der Delegierte Hoffmann-Nowawes für die Resolution gesprochen hatte, wurde dieselbe einstimmig angenommen.

Es sei bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam gemacht, daß Bebel es war, der den von Zubeil und den Charlottenburgern angefochtenen Standpunkt der Fraktion im Reichstag begründete.

Die Ungiltigkeitserklärung eines sozialdemokratischen Mandats in der Wahlprüfungs-Kommission. Wegen Behinderung des Referenten wird die Weiterprüfung der Wahl Brejski (4. Marienwerder) zurückgestellt und in der Prüfung der Wahl des sozialdemokratischen Abg. Dr. Braun, Wahlkreis Lebus (4. Frankfurt a. O.) eingetreten.

Bei der Hauptwahl kamen drei Kandidaten in Betracht, Doktor Braun (Sozialdem.), Felisch (kons.), Geheimer Regierungsrat Schwabach (natl.). Es erhielten in der Hauptwahl Stimmen: Braun 12,817, Felisch 8268, Schwabach 7026; in der Stichwahl: Braun 14,625, Felisch 14,204.

Gegen die Wahl wurde Protest erhoben von der Partei des Kandidaten Schwabach. Dem Protest war ein im Januar 1903 ausgegebenes, von dem Regierungs-Präsidenten v. Windheim und einer Anzahl anderer Regierungsbeamter unterzeichnetes Flugblatt beigelegt und behauptet, durch die Unterzeichnung des Flugblattes seitens der Regierungsbeamten sei eine so große Beeinflussung der Wahl erzielt worden, daß der im Flugblatt empfohlene Kandidat Felisch in die Stichwahl gelangt sei. Ohne diese Beeinflussung wäre jedoch Schwabach in die Stichwahl gekommen, und da in einer eventuellen Stichwahl zwischen Braun und Schwabach vielleicht mehr Wähler der Partei Felischs für Schwabach gestimmt haben würden, als Schwabach'sche Wähler Felisch gewählt haben, wäre Braun nicht gewählt worden.

Die Kommission ging zuerst auf diese Protestangaben ein. Von keiner Seite wurde bestritten, daß durch die Unterzeichnung des Aufrufs für Felisch seitens der Regierungsbeamten eine amtliche Beeinflussung der Wahl vorliege. Dagegen wurde von sozialdemokratischer Seite eingewendet, ob für die Entscheidung über Giltigkeit oder Ungiltigkeit einer Wahl der Zeitpunkt, in dem die Beeinflussung stattgefunden hat, in Betracht zu ziehen sei. Das betreffende Flugblatt sei im Januar verbreitet, also lange vor der Ausschreibung der Wahl erschienen. Von allen anderen Rednern wurde jedoch die Wirkung der Beeinflussung auch in jenem der Wahlausschreibung monatelang zurückliegenden Zeitpunkt betont und angenommen. Darauf beantragte der Referent, im Plenum zu beantragen, die Wahl für ungiltig zu erklären; der Korreferent stellte den Antrag auf Giltigkeits-Erklärung. Letzterer Antrag wurde mit allen gegen die drei sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt; vor das Plenum kommt also der Antrag auf Ungiltigkeits-Erklärung der Wahl des Abgeordneten Dr. Braun.

So müssen die Sozialdemokraten dafür büßen, daß hohe Beamte den Wahlvorschriften zuwiderhandeln. Eine unzulässige amtliche Wahlbeeinflussung für den Konservativen — das büßen die Sozialdemokraten mit dem Verlust eines Mandats.

Zum Herero-Aufstand meldet ein Kapstädter Telegramm der „Daily Mail“:

Aus allen Kreisen des Landes treffen Meldungen über furchtbare, von den Hereros verübte Grausamkeiten, ein. Die deutschen Truppen, die kürzlich Ketmanshoop verließen, wurden von den Hereros umzingelt, überwältigt und gefangen genommen. Die Gefangenen wurden entsetzlichen Martern unterworfen und dann lebendig verbrannt. Den Offizieren wurden die Glieder abgeschnitten und die Augen mit den Daumen ausgequetscht; dann ließen die Hereros die Körper auf dem Felde liegen. Hendrik Witbooi bleibt treu. Es seien Verhandlungen im Gange, um den deutschen Truppen die Landung in Port Nolloth zu gestatten.

Der „Post“ zufolge ist an Berliner maßgebenden Stellen eine Bestätigung der Nachricht nicht eingetroffen. Doch ist bisher dalb an den deutschen Konsul in Kapstadt eine Anfrage gerichtet worden.

Die „Kreuzzeitung“ veröffentlicht ein ihr zur Verfügung gestelltes Privattelegramm vom 24. Januar, welches lautet: „Alle Windhuk, Sicherheit, Else.“ Das Telegramm war Nachmittags 3 Uhr in Karibib aufgegeben und bereits Abends 8 Uhr in Berlin eingetroffen.

Aus dem Leben der mecklenburgischen Volksschullehrer werden der Berliner „Volks-Zeitung“ einige charakteristische Momente mitgeteilt:

„Wie die Ritterschaft die Erziehungstätigkeit ihrer Lehrer bewertet, zeigt das Einkommen des ritterschaftlichen Lehrers in H., das sich aus folgenden Positionen zusammensetzt: Freie Weide für eine Kuh, das Recht zur Benutzung der Gutsgänseweide, wofür auf je zehn Tiere ein Exempel an den Gutshof abzuliefern ist, 92 Raummeter Holz, Wohnung im strohgedeckten Tagelöhnerkaten, freie ärztliche Behandlung und freie Medizin, 120 Quadratruten Acker- und 30 Quadratruten Gartenland, 40 Scheffel Korn, 25 Prozent der Einnahmen aus dem herrschaftlichen Bienenstand, der zu verwalten ist, die Befugnis, Schweine und Federvieh in beschränkter Zahl mästen und züchten zu dürfen und ein Bargehalt von 200 Mark. Ein Gesuch um Aufbesserung wurde ablehnend beschieden.

Mecklenburg-Strelitz leistet sich außer seinen Landesspezialitäten die des markenklebenden Lehrers. Da nämlich der ritterschaftliche Lehrer nicht pensionsberechtigt ist, so finden die Bestimmungen des Altersversicherungsgesetzes auf ihn Anwendung, und er muß daher kleben. Dagegen ist der Dominiallehrer von der Klebepflicht befreit; denn ihm winkt am Schluß seiner Amtstätigkeit eine Pension von 48 Talern und mehreren Raummetern Holz.

Die Budgetkommission des Reichstages beriet den Etat der Reichseisenbahnverwaltung weiter. Referent Bebel (Soz.) beantragte, von der Position von vier Millionen Mark (im vorigen Jahre 3½ Mill.), für die Umgestaltung der Metzer Bahnanlagen 80,000 Mark zu streichen. Minister Budde legte genaueres Material vor, wonach die Umgestaltung dieser Bahnanlagen im ganzen 29 Millionen Mark kostet, wovon 24,194,600 Mark auf den Eisenbahnetat, 4,805,400 Mark auf den Fonds für die Landesverteidigung entfallen. Im Laufe der Debatte wies der Minister darauf hin, daß sich die Anlagen rund um Metz über beide Moselufer erstrecken, was die hohen Generalkosten erkläre. Bebel bemerkte, da von Frankreich kein Krieg drohe und Rußland auf Jahre an der Nuß in Ostasien zu knacken habe, träten für ihn in dieser Frage politische Gründe momentan nicht in den Vordergrund. Der Reichsschatzamtsdirektor Twele legte die strategische Seite der Anlagen dar, und erbat die volle Bewilligung der geforderten Summe. Minister Budde legte die Schwierigkeiten des Baues dar, der keinen Aufschub dulde. Müller-Fulda (Zentr.), Arendt (Rp.), Schlumberger (natl.), Prinz Arenberg (Zentr.) und Preiß (Elſ.) traten lebhaft für die Bewilligung der vollen Summe ein. Der volle Betrag von vier Millionen Mark wurde hierauf mit großer Mehrheit bewilligt.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung kamen die elektrischen Schnellfahrten zur Sprache. Minister Budde erklärt, das Prinzip der elektrischen Schnellbahnen befinde sich erst im vorbereitenden Stadium. Bei den Erwägungen komme das Prinzip der Schwebebahn wie auch der einschienigen sogenannten Reiterbahn in Betracht. Bei den Schnellfahrten sei man über die allerersten Versuche nicht hinausgekommen. Er könne nicht die Verantwortung übernehmen, allgemein die Reisenden auf solchen Bahnen zu befördern. Auch sei es noch durchaus unklar, ob wirtschaftlich Schnellbahnen ausführbar seien. Die Versuche würden vorsichtig weiter geführt. Auf der Strecke Berlin-Großlichterfelde ergebe der Versuch sehr günstige Resultate. Man werde bald auch praktische Versuche mit der elektrischen Stadtbahn in Hamburg sehen. Die preußische Verwaltung werde zurzeit den möglichsten Nutzen aus den Ergebnissen ziehen. Hierauf werden eine Anzahl Positionen des Reichseisenbahnetats erledigt.

Keine Vorlesung des „Simplicissimus“. In der bayerischen Kammer der Abgeordneten war die Abstimmung über die Frage, ob der beschlagnahmte Artikel des „Simplicissimus“ im Hause verlesen werden dürfe, zu wiederholen, da sich tags zuvor Beschlußunfähigkeit herausgestellt hatte. Der Präsident schlug die Vertagung der Abstimmung vor, da nicht alle schriftlich geladenen Abgeordneten Zeit gehabt hätten, bis heute zu erscheinen. Die Sozialdemokraten erhoben dagegen lebhaften Widerspruch. Daller (Zentr.) unterstützte den Vorschlag des Präsidenten und fragte an, wie sich die Regierung zu der Streitfrage stelle, ob ein beschlagnahmter Artikel im Hause verlesen werden dürfe. Der Justizminister antwortete, wenn das Haus wünschte, würde das gesamte Ministerium über die Frage beraten. Schließlich ließ der Präsident in einstündiger Debatte zur Geschäftsordnung die Abstimmung vornehmen. Die Verlesung wurde mit 67 Zentrumsstimmen gegen 53 Stimmen der übrigen Parteien für unzulässig erklärt.

Täglicher Duellblödsinn. In der Verhandlung des Kriegsgerichts gegen den Leutnant Schreiner wegen Zweikampfes wurde Schreiner zu zwei Jahren Festungshaft und Dienstentlassung verurteilt, Reserveleutnant Rauchfuß zu drei Monaten Festung und Stabsarzt Ellebeck wegen Kartelltragens zu 1 Tag Festung.

Ein Majestätsbeleidigungsgesetz in Bulgarien. Um die „Preßhetzereien“ gegen den Fürsten einzudämmen, wird die bulgarische Regierung der Sobranje ein Spezialgesetz behufs Bestrafung der durch die Presse begangenen Majestäts-Beleidigungen vorlegen.

Aus dem schönen Oldenburg. Der oldenburgische Landtagsabgeordnete Grimm wurde wegen Beleidigung der oldenburgischen Regierung zu einer Geldstrafe von 50 Mk. verurteilt. Er hatte in einem Schreiben der Regierung Parteilichkeit und Ungerechtigkeit vorgeworfen.

Ausland.

Der feine Erzbischof Kohn weilt, wie der „Voss. Ztg.“ aus Wien von unterrichteter Seite gemeldet wird, noch immer im Kollegium Germanum in Rom, wo man seitens der Kurie unablässig auf ihn einwirkt, um ihn zum Rücktritt vom Amt zu bewegen, bisher jedoch immer erfolglos, obgleich ihm zugesichert wurde, daß er Erzbischof in partibus und Kanonikus von St. Peter bleiben und eine bedeutende Zulage aus den Millioneneinkünften des Olmützer Erzbistums erhalten würde. Sollte Dr. Kohn indes nicht bald seinen Widerstand aufgeben, so wird er gemessenen Befehl des Papstes erhalten, seiner Olmützer Diözese fern zu bleiben, für die in der Person des Prager Kardinals Barons Skrbensky ein Verwalter bestellt werden wird. Sollte Kohn auch dann auf seinem Widerstande beharren, so würde er seines Amtes als Erzbischof entsetzt werden.

Ein Aufsehen erregendes Verbot erließ in diesen Tagen die russische Regierung in Petersburg. Der III. Kongreß der russischen Techniker wurde plötzlich aufgelöst und die weiteren Verhandlungen inhibiert. Der Grund zu dem Verbot liegt in zwei demonstrativen Kundgebungen des Kongresses, die zu Beginn der Tagung erlassen wurden. Zunächst beschlossen die Techniker die Absendung der nachfolgenden Depesche an Tolstoi: „Dreihundert Mitglieder des Kongresses übersenden den Ausdruck der einmütigen Bewunderung ihrem teuren Meister, dem ausgezeichneten Verkünder der Wahrheit.“

Es ist nur allzu klar, daß die Depesche gegen den heiligen Synod ihre Spitze bietet.

Die zweite Depesche war an den kleinrussischen Dichter Korolenko gerichtet, der gegen die Beschränkung der Literatur seines Volkes durch die Regierung kämpft. Sie lautete:

„Die Mitglieder des Kongresses übersenden den Ausdruck einmütiger Bewunderung dem Meister des Worts, dem unermüdlicher Beschützer der Unterdrückten, dem Feinde des nationalen Separatismus.“

Die Absendung der Depeschen geschah unter jubelnder Zustimmung der ganzen Versammlung.

Schließlich veranstaltete eine der Sektionen des Kongresses eine der Regierung noch peinlichere Demonstration. Unter den Mitgliedern befanden sich zwei, welche an der Judenmetzelei in Kischinew teilgenommen hatten. Die Sektion beschloß, nicht zu tagen, solange diese Leute an dem Kongreß teilnehmen.

Dieser Beschluß, der mit einer Kritik der Ereignisse in Kischinew verbunden war, war der Regierung doch zu kühn, und sie entschloß sich zu dem Verbot der weiteren Tagung.

Grenzen des Militarismus. Bei der jüngsten Aushebung in Frankreich ist, nach der „Vossischen Zeitung“, die Verordnung über das Militärmaß außer Kraft gesetzt und jeder gesunde Mann ohne Rücksicht auf die Körperlänge eingestellt worden.

Die Rekrutierung für die englische Armee und die Miliz geht ganz bedenklich zurück. In den ersten neun Monaten des Jahres 1903 wurden für die reguläre Armee 32,083 und für die Miliz 12,677 Rekruten weniger gewonnen als in der gleichen Periode des Vorjahres. Zum großen Teil ist dieser Rückgang daraus zu erklären, daß die Zahl der Unbrauchbaren unter den sich zum Dienste meldenden Leuten in erschreckender Weise zunimmt.

Nachspiel zu den Berner Studentenkrawallen. Nach zwanzigtägiger Verhandlung fällte das Amtsgericht das Urteil in dem Prozeß gegen den städtischen Polizeidirektor, den Polizeihauptmann und 21 städtische Polizisten, die des Amtsmißbrauches und der Mißhandlung, begangen anläßlich der von der Studentenschaft dem Prof. Vetter am 22. Juni 1903 gebrachten Katzenmusik, beschuldigt waren. Der Polizeidirektor und der Hauptmann wurden freigesprochen, 9 Polizisten erhielten je 1 Tag Gefängnis.

Partei-Angelegenheiten.

Der Gesundheitszustand Vollmars. Das Gerücht, der Abg. von Vollmar sei wegen vollständig eingetretener Lähmung zu weiterer parlamentarischer Tätigkeit unfähig und habe die Führung der süddeutschen Sozialdemokraten niedergelegt, ist völlig unbegründet. Vollmar, der zu seiner Erholung in Italien weilt, teilt im Gegenteil in einem Brief mit, daß sich sein Gesundheitszustand bedeutend gebessert habe und er in drei Wochen seine Tätigkeit wieder aufnehmen werde.

Arbeiterbewegung.

Aufklärung in den Gewerkschaften.

Je umfassender eine gewerkschaftliche Organisation ist, d. h. je größer der Prozentsatz der Berufsangehörigen ist, die sich in der Organisation zusammengefunden hat, desto mächtiger wird natürlich dieselbe sein. Die Gewerkschaften haben deswegen auch alle das möglichste Bestreben, die Mehrheit der Berufsangehörigen oder gar alle an ihre Fahne zu fesseln. Eine ganze Reihe von Kasseneinrichtungen in unseren modernen Gewerkschaften wurden bei der Einführung von den Befürwortern auch mit dem Hinweis empfohlen, daß solche Vorteile für die Mitglieder auf die Indifferenten einen agitatorischen Einfluß ausüben und geeignet waren, den Kreis der Gewerkschafts-Angehörigen zu vergrößern.

Allein, eine bloße Zunahme der Gewerkschaften in Bezug auf ihre Mitgliederzahl macht sie noch nicht ohne weiteres geeignet, ihre Hauptaufgabe, die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für den ganzen Beruf zu erfüllen. Es ist auch notwendig, die neugewonnenen Mitglieder für den unausbleiblichen Kampf mit dem Unternehmertum zu schulen. Eine wirre, wild zusammengewürfelte Schar von Menschen eines Berufes ist an sich noch nicht geeignet, allein durch die Masse für Verbesserung ihrer Lage zu wirken.

Wo rohe Kräfte sinnlos walten,
Da kann sich kein Gebild gestalten!

Will man etwas erreichen, dann muß man die gewonnenen Massen schulen, muß die zahllosen Kräfte fähig machen, an einem Punkte anzugreifen. Das soll und darf, wenn ein bleibender Erfolg erzielt werden soll, nicht mit Hilfe militärischer Disziplin, durch dumpfen Gehorsam der Masse erreicht werden, sondern jedes Glied der Organisation muß wissen, welche Wege einzuschlagen sind und aus welchen Gründen man gerade diesen und keinen anderen Weg zur Erreichung des Zieles zu beschreiten hat. Eine Bewegung, von so geschulten Kräften unternommen, bedarf keiner Führer und wird nie in Verwirrung geraten, wenn einer oder der andere der an die Spitze Gestellten versagt; diese Masse wird immer und unaufhaltsam, durch keinen Zwischenfall gestört, auf ihr Ziel losmarschieren.

Es muß zugestanden werden, daß die große Mehrzahl unserer Gewerkschaften stets bestrebt war, an einer theoretischen Aufklärung ihrer Mitglieder zu arbeiten. Es kann aber nicht geleugnet werden, daß dies in der Regel nach wenig geordneten Grundsätzen geschah. Man nahm die Artikel für die Fachpresse, man die Redner für die Versammlungen, wie sie sich gerade darboten. Gelang es einem geweckteren Kopf, das oft nur für Vorgeschrittenere Begreifliche teilweise zu kapieren, gut, gelang es nicht, so konnte man sich eben nicht helfen. Die Begabteren flickten sich aus Stückwerk ein manchmal erstaunliches Wissen zusammen; die Unbegabten blieben in der Schulung für den wirtschaftlichen Kampf zurück, wie sie es vorher vielleicht schon in der Schule und in der Lehre für den Kampf ums Leben geblieben waren.

Da ist es denn mit Dank zu begrüßen, daß die Berliner Zahlstelle des Verbandes der Maurer damit vorging, ihren Mitgliedern einen systematischen Bildungsstoff zu bieten. Sie veranstaltet in den Wintermonaten eine Anzahl von Agitations-Versammlungen. Der Genosse Gustav Link spricht in diesen Versammlungen über: „Kranken-, Unfall- und Invaliden-Versicherung“. Genosse August Ritter über: „Die kulturelle Bedeutung der Gewerkschaftsorganisation“. Genosse Katzenstein über: „Bildung und Bildungsmittel“. Genosse Reichstagsabgeordneter Eduard Bernstein hält sechs wissenschaftliche Vorträge, in welchen er nacheinander folgende Themen bespricht: 1. Die verschiedenen Formen der Wirtschaft. 2. Die Grundbedingungen des Wirtschaftslebens. 3. Die Natur der modernen kapitalistischen Wirtschaft. 4. Die Lehren vom Wert und ihre Bedeutung. 5. Der Mehrwert und seine Geschichte. 6. Der Klassenkampf in der Gegenwart und der Weg zur sozialistischen Wirtschaft.

Ein Teil dieser Vorträge hat bereits stattgefunden.

Möge das Beispiel der Berliner Maurer fruchtbringend wirken, nicht nur für die Berliner Gewerkschaftsbewegung!

Gewerbegerichtswahl in Charlottenburg. Bei der Gewerbegerichtswahl erlangte die Arbeitnehmerliste der Gewerkschafts-Kommission 2402 Stimmen. Die christlichen Gewerkschaften brachten insgesamt 57 Stimmen auf. Auf die

Arbeitgeberliste der Gewerkschafts-Kommission vereinigten sich 107 Stimmen, mit denen zwei Beisitzer gewählt sind. Auf die Liste der Innungen entfielen 661 Stimmen und damit 6 Beisitzer.

Die Lage der Angestellten bei Rechtsanwälten. Am 22. Januar tagte in Berlin in den Industrie-Festsälen eine Versammlung der Angestellten der Berliner Rechtsanwälte, welche von ca. 1500 Personen besucht war. Bureauvorsteher Bauer besprach in einem ungefähr zweistündigen Vortrage die mißliche Lage der Angestellten der Berliner Rechtsanwälte und stellte dieselbe insbesondere zum Vergleich der Crimmitschauer Weber. Herr Bauer führte aus, daß zwei Drittel der Angestellten bis zu einem Alter von 70 Jahren einen Monatsgehalt von 50 Mark beziehen und es infolge der niedrigen Gehaltszahlung nicht zu verwundern sei, wenn im vergangenen Jahre 20 Schreiber wegen Landstreichens und Bettelns bestraft worden sind und daß, wie statistisch festgestellt, allein 80 Prozent an Schwindsucht sterben und zwar infolge der schlechten Arbeitsräume, die Licht und Luft entbehren, es seien insbesondere die „Berliner Zimmer", in welchen oft sechs und mehr Schreiber eingeklemmt 9–10 Stunden arbeiten.

Die Angestellten verlangen also die Einführung der 8stündigen Arbeitszeit, eine anständige Gehaltszahlung und zwar soll jeder Lehrling im ersten Jahre 25, im zweiten Jahre 35 und im dritten Jahre 50 Mark; die Gehilfen bis 17 Jahre 60 Mk., die bis 21 Jahre 75 Mk. und ältere Gehilfen 100 Mk. erhalten. Ein Bureauvorsteher bis 25 Jahre soll ein Gehalt von 125 Mk. und ältere 150 Mk. erhalten.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 27. Januar.

* **Eine Verteidigung der Sozialdemokratie** unternimmt neuerdings die — — „Schlesische Zeitung"! Wie das kommt? werden unsere Leser fragen. Die Antwort wird ebenso überraschend sein, wie die Tatsache. In ihrem Kaisers-Geburtstags-Festartikel stellt sie klägliche Betrachtungen an über den Rückgang des [illegible]s. Die Ausführungen sind so köstlich, daß wir sie festhalten müssen:

..... Bei der letzten Reichstagswahl ist ein Drittel der Stimmen für eine Partei gefallen, deren Führer mit Unehrerbietigkeit gegen den Kaiser prahlen und offen eingestehen, daß sie den Sturz des Thrones bezwecken. Und das Uebel beschränkt sich leider nicht auf die im Klassenkampfe des Proletariats verhetzten Volksschichten. Wie **weit eine Verwirrung der Gemüter schon** in der Bürgerschaft **und in den höheren Gesellschaftskreisen um sich gegriffen** hat zeigt der Erfolg einer Schandlitteratur, deren giftige Wucherung eines der bedenklichsten Merkmale unserer Zeit ist.

... Unverkennbar ist, daß das **dynastische Gefühl** .... **eine Krisis durchmacht,** von deren Verlauf das Schicksal des Reiches abhängt. Die Schuld daran **pflegt man gewissenlosen Hetzern** beizumessen; doch das ist eine Erklärung, **die den Kern der Sache nicht trifft** und leicht zu dem **Trugschlusse** führt, daß mit äußerlich vorbeugenden Maßregeln, die gewiß nicht zu versäumen sind, dem Uebel abgeholfen werden könne. Der tiefere Grund liegt in der Entwickelung unseres Wirtschafts- und Gesellschaftslebens, die seit vier Jahrzehnten so stark beschleunigt worden ist, wie bei keinem anderen Kulturvolk der Welt. Durch die politischen Umwälzungen, welche zur Gründung des Reiches führten, durch den Wohlstand, den die Machtstellung der Nation gefördert hat, durch das plötzliche Wachstum unserer Industrie, durch den Uebergang von unserer alten Kontinentalpolitik zur Weltpolitik, der den Bedürfnissen unseres Wirtschaftslebens folgte und unsere gewerbliche Produktion wiederum angespornt hat, **durch eine Gesamtentwickelung,** die sich **naturnotwendig** vollzogen hat und noch vollzieht, ist unsere Kultur, die ehedem ruhig dahinfloß, in eine Stromschnelle geraten, welche die unentbehrlichen Stützen des Staatswesens fortzureißen droht.

Und weiter sagt das sonst nach einem Sozialistengesetz rufende Sprachrohr der schlesischen Junker:

Die Volksschule muß das Landkind vorbereiten, so daß es seinen Lebenserwerb in der Stadt wie auf dem Lande finden kann. **Die militärische Dienstzeit reißt jährlich hunderttausende von jungen Männern aus der Heimat** und entfremdet viele von ihnen dem angestammten Lebenskreise, den hergebrachten Lebensanschauungen für immer. **Das zum Klassenkampfe ausgeartete Ringen der Arbeiter um Verbesserung ihrer Lage zerreißt** die Bande, die einen beträchtlichen Teil des Volkes nicht nur mit den Brotherren, **sondern auch mit dem Werk seiner Hände,** mit der Werkstatt und der Wohnstätte verknüpften. Das ist **die unvermeidliche Folge unserer gesamten Entwickelung, nicht bloß die Schuld** einer sozialistischen Umsturzpartei, die **selbst erst aus unseren kulturellen Zuständen erwachsen** ist. ..... **In den besitzenden Klassen selbst,** in der Bürgerschaft, **im Beamtentum,** in den höheren Schichten **der Gesellschaft vollziehen sich Umwandlungsprozesse,** deren unvermeidliches Mißbehagen sich in **Unzufriedenheit nach oben** Luft macht.

Es ist sicher nicht uninteressant, daß das führende Organ schlesischer Patentpatrioten zu dem Festtage aller Kriegervereine solche Binsenwahrheiten eingesteht. Wahrscheinlich wird nun das Blatt — an dessen Ehrlichkeit zu glauben wir sehr wenig Anlaß haben — auch seine Sehnsucht nach Zwangsmaßregeln gegen die Sozialdemokratie aufgeben. Denn eine Partei, die „erst aus unseren kulturellen Zuständen erwachsen" ist, kann man doch, auch nach der Logik der „Schles. Zeitung", nicht mit Zwangsmaßregeln niederzwingen. Oder doch?

* **Vom Allerheiligen-Hospital.** Bei Beginn des Etatsjahres 1902/03 waren 584 Kranke vorhanden. Im Laufe des Jahres wurden 7725 Personen neu aufgenommen, während der Abgang durch Entlassung oder Tod 7693 Personen betrug, sodaß 616 Personen im Bestande blieben. Unter den Gepflegten befanden sich 4147 Personen, welche unentgeltliche Pflege erhielten. Dieselben haben bei einer Verpflegungsdauer von 137147 Tagen und bei einem Selbstkostenpreise von 2.81 Mark pro Tag Bett- und Leibwäsche, 10,021 Mk. zur Unterhaltung der Geräte und der Krankenwagen, 19,052 Mk. für Heizung, 18,996 Mk. für Beleuchtung, 17,227 Mk. für Reinigung, 17,234 Mk. an Bau- und Reparaturkosten usw. Zur Deckung der Gesamtkosten war ein Zuschuß von 316,985 Mk. aus Kämmereimitteln erforderlich. Das Vermögen des Allerheiligenhospitals beziffert sich auf 499,019 Mk. 385,383 Mark Kosten verursacht. Von den aus der Hospitalpflege geschiedenen 7693 Personen wurden entlassen: 4176 (54,3 Proz.) als genesen, 2089 (27,1 Proz.) als erleichtert, 460 (6 Proz.) als ungeheilt, während 967 Personen (12,6 Proz.) gestorben sind. Behandelt wurden: 1833 Fälle in der Poliklinik für innere Krankheiten 6923 Fälle in der chirurgischen Klinik, 766 Fälle in der Poliklinik für Frauenkrankheiten, 2057 in der Poliklinik für Hautleiden und 4085 Fälle in der Poliklinik für Ohren-, Nasen- und Halsleiden. Die Gesamtpflegedauer der Verpflegten betrug 236,389 Tage, die mittlere Pflegezeit eines Kranken $28^1/_2$ Tage. Die Gesamtkosten stellen sich auf 578,074 Mk., darunter 52,865 Mk. für Besoldungen, 77,227 Mk. an Remunerationen und Löhnen, 214,714 Mk. für Beköstigung der Kranken und des Personals, 15,975 Mk. an Erfrischungen für die Kranken, 8520 Mk. für Heilmittel, Verbandstoffe und Instrumente, 18,260 Mark für Unterhaltung der

* **Volksunterhaltungsabend des Humboldtvereins.** Der Donnerstag, den 28. d. M., 8 Uhr, im Konzerthause stattfindende Abend wird unter dem Gesamttitel „Großstadtbilder" dichterische und musikalische Szenen und Augenblicksbilder aus der Großstadt ernster und heiterer Art in bunter Reihe bringen. Neben Fräulein Ella Gabri und Herrn Willy Broh werden sich der Konzertsänger Herr Richard Dähmke und der Cellist Herr Bruno Drobisky hören lassen. Billets zu 10 Pfennig sind in den auf den Plakaten ersichtlichen Handlungen und zu 20 Pfennig an der Kasse zu haben.

---

* **Stadt-Theater.** Heute Mittwoch gelangt Richard Wagners romantische Oper „Lohengrin" zur Aufführung. Morgen Donnerstag findet eine Wiederholung von Adams komischer Oper „Wenn ich König wär", die auch bei ihrer ersten Wiederholung am Montag größten Beifall fand, statt. Freitag geht Lortzings komische Oper „Zar und Zimmermann" in Szene. Für Sonnabend ist die erste Aufführung in dieser Spielzeit von Richard Wagners Musikdrama „Götterdämmerung" angesetzt.

* **Lobe-Theater.** Beyerleins packendes Drama „Zapfenstreich", dessen sensationeller Erfolg sich bei jeder Wiederholung erneuert, wird heute Mittwoch und morgen Donnerstag gegeben. Freitag geht Millöckers melodiöse Operette „Das verwunschene Schloß" in Szene. Am Sonnabend findet das Gastspiel von Frl. Irene Triesch statt. Die Künstlerin, die als eine der besten Schauspielerinnen Deutschlands gilt, wird die Titelrolle in Ibsens Schauspiel „Hedda Gabler" spielen. Sonntag folgt als zweites und letztes Gastspiel Sudermanns Schauspiel „Heimat", in welchem Irene Triesch die Rolle der Magda spielt.

* **Volksvorstellungen im Thalia-Theater.** Als dritte Vorstellung der laufenden Reihe wird Sudermanns Komödie „Der Sturmgeselle Sokrates" am Freitag für Gruppe G, am Sonnabend für Gruppe H gegeben.

Bunzlau, 26. Januar. Bei der heutigen Stadtverordnetenwahl siegte der Kandidat der vereinigten Spießbürgerparteien, Klempnermeister und Schützenmajor Mattes, mit 269 Stimmen gegen unseren Kandidaten, Bäckermeister Lefort, auf welchen 178 Stimmen fielen.

Bunzlau, 26. Januar. Von unseren Stadtvätern. Zum vierten Male muß sich diesen Freitag die Stadtverordneten-Versammlung mit der Schutzmannsvorlage beschäftigen. Und zwar geht der Magistrat mit um so größerem Mut vor, als die in der letzten Versammlung gewählten Kommissionsmitglieder bis auf einen sämtlich umgefallen sind! Charakteristisch ist dabei, daß sich unter diesen Umfallmännern auch mehrere neugewählte Stadtväter befinden, deren Wahl von den „Ordnungsmännern" ganz besonders der Bürgerschaft empfohlen wurde mit der Motivierung, daß dann tüchtige und energische Männer, die nicht zu allem „Ja" sagen, im Stadtparlament säßen. O jerum, jerum! — Seitens des Bürgervereins ist eine Petition an den Regierungspräsidenten abgesandt worden, deren Inhalt das wiedergiebt, was Genosse Schebs gegen die Schutzmannsvorlage in den verschiedenen Sitzungen ins Feld geführt hat. Die Sozialdemokraten bekämpft man wohl, aber ihre Idee verwendet man in Ermangelung eigener. In der nächsten Stadtverordnetensitzung dürfte somit die Entscheidung fallen und wird es sich da herausstellen, wieviel Stadtväter zusammenknicken werden vor einem hochmögenden Regierungspräsidenten und einem wohlweisen Magistrat. Herrn Bürgermeister Richter aber wird Gelegenheit geboten werden, seine Scharfmacherreden des näheren zu begründen. Da es unserem erleuchteten Stadtoberhaupt darauf anzukommen scheint, Politik in die Versammlung zu tragen, so soll sein Wunsch Erfüllung finden; zu einem Tänzchen mit Herrn Richter sind wir gern bereit.

Patschkau, 25. Januar. Eine Betrügerei eigener Art, welche vor Weihnachten dem Klatsch willkommenen Stoff bot, erhielt vor dem Schöffengericht ihre wohlverdiente Strafe. Die verwitwete Näherin Sophie Wandtka, gebürtig aus Freiwaldau, hatte im Vorjahre in mehreren Fällen in Haushaltungen Hirsch- und Rehfleisch angeboten, das ihr Bruder in einem Gasthofe zerlege. Das Rehfleisch war regelmäßig schon verkauft, weshalb sie nur Hirschfleisch brachte und es mit 40 und 45 Pfennigen verkaufte, während sie es dem Roßschlächter L. als Pferdefleisch für 25 Pfennige pro Pfund abgekauft hatte. Das betrügerische Gebahren erreichte im Dezember ein plötzliches Ende, als die Köchin einer Herrschaft auf einem fünf Pfund großen Stück Hirschfleisch den Stempel des Patschkauer Schlachthofes mit der Bezeichnung „Pferd" entdeckte. Die Angeklagte wäre straflos geblieben, wenn sie in Oesterreich geblieben wäre. Nichts Böses ahnend, ging sie am 23. Dezember wieder auf den Hirschfleischhandel aus und wurde auf frischer Tat ertappt. In Anbetracht ihrer großen Frechheit und Dreistigkeit, die sie sogar ihre eigene Schandtat vor Gericht belachen ließ, und ihrer Vorstrafe (sie hatte vor 10 Jahren 15 Monate Gefängnis erhalten, weil sie einer etwas beschränkten Händlerin Spielmarken als Zehnmarkstücke in Zahlung gegeben hatte) wurde sie, nach der „Täglichen Rundschau", wegen Betruges in sechs Fällen, versuchten Betruges in einem Falle und wegen Gewerbesteuerhinterziehung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, von denen 20 Tage Untersuchungshaft zur Anrechnung kommen. Wegen Bettelns wurde die Angeklagte freigesprochen.

Guhrau, 25. Januar. Ein schwerer Unfall passierte einem noch schulpflichtigen Mädchen in Bobile hiesigen Kreises, indem es mit einem Bein in die Verkuppelung einer Dreschmaschine geriet, wodurch das Bein vollständig zerquetscht wurde. Nach Anlegung eines Notverbandes erfolgte die Ueberführung in das hiesige Kreiskrankenhaus. Man befürchtet, daß eine Amputation des Beines notwendig werden wird.

Görlitz, 25. Januar. In großer Gefahr schwebten heute Vormittag die Passagiere des von Lauban kommenden Schnellzuges Nr. 114, der um 11 Uhr 12 Minuten hier eintrifft und nach Berlin weitergeht. Als der Zug in voller Fahrt zwischen Lichtenau und Nikolausdorf gegen 11 Uhr Bude 423 passierte, wo ein Wegeübergang sich befindet, stand auf den Schienen das Langholzfuhrwerk des Besitzers Rothenburger aus Geibsdorf. Die Maschine ergriff, dem „Neuen Görlitzer Anzeiger" zufolge, das Vordergestell des Wagens und schleifte es 20 Meter weit fort. Allem Anschein nach hatte Rothenburger den Zug von ferne kommen gehört, und rasch die Pferde ausgespannt, sodaß diesen bei dem Unfall nichts geschah. Trotz des Nebels bemerkte der Lokomotivführer die Gefahr und konnte den Zug daher schneller als sonst zum Stehen zu bringen. Hätte sich nicht nur ein Teil, sondern das ganze Fuhrwerk auf der Strecke befunden, so wäre der Zug sicher entgleist und ein namenloses Unglück die Folge gewesen. So erlitt nur die Maschine Beschädigungen, indem die Puffer verbogen und die Laternen eingedrückt wurden. Der Zug traf infolge des Unfalles hier mit 6 Minuten Verspätung ein. Ob sich der Kutscher selbst die Schranken geöffnet hat, um noch rasch über die Schienen zu kommen oder ob eine eine Nachlässigkeit vorliegt, ist noch nicht festgestellt.

Beuthen OS., 25. Januar. Raubanfälle. Sonntag, Abends gegen $11^1/_2$ Uhr, wurde auf der Siemianowitzer Chaussee wieder ein Straßenraub verübt und zwar an dem Ziegeleiarbeiter Josef Vogt aus Oppeln, zur Zeit auf der Kasprzik'schen Ziegelei beschäftigt. Dieser begegnete auf dem Nachhausewege zwei Männern, welchen er die Zeit sagte. Als er einige Schritte weiter gegangen, kamen sie ihm nachgelaufen, und als er sich nach ihnen umdrehte, wurde ihm von dem einen Salz in die Augen gestreut, während ihn der zweite zu Boden warf, festhielt und ihm den Mund zuhielt. Die Räuber durchsuchten nunmehr die Taschen des Ueberfallenen, und da sie weder Uhr noch besondere Geldmittel vorfanden, beraubten sie ihn eines Paketes, das er bei sich hatte. Den Bemühungen des Polizeiwachtmeisters Zurowietz ist es gelungen, die Straßenräuber zu ermitteln und dingfest zu machen. Wie die „Beuthener Ztg." hierzu berichtet, ist dies schon der sechste Raubanfall auf der genannten Straße und zwar an dem Abend der zweite; denn das genannte Blatt meldet, daß in der Dunkelstunde ein Einwohner hinter der zu Roßberg gehörigen Reichenstein'schen Ziegelei plötzlich von sechs jungen Burschen umzingelt wurde, von denen ihm einige Salz und Pfeffer in die Augen streuten, ihn zu Boden warfen und ihm eine goldene Uhr und 21 Mark bares Geld raubten. Bei dem Herausreißen der Uhr blieb an der Kette die Oese der Uhr hängen. Die Methode dieser Ueberfälle ist auffallend übereinstimmend, sodaß die Täter entweder in beiden Fällen gemeinsam beteiligt sein dürften, oder vielleicht nur ein Fall wirklich passiert ist.

Beuthen, 25. Januar. Plötzlicher Tod. Eine Ausnahme im Bergmannsloos ist der leichte Tod des 58 Jahre alten Häuers Johann Laszczyk, welcher auf der Jenny-Otto-Grube zu Roßberg in Arbeit stand. Derselbe wurde nämlich, als er nach getaner Schicht die Aufsteigeleiter verließ und ins Freie gelangte, unmittelbar darauf vom Herzschlage getroffen, so daß er tot zu Boden fiel. Wäre aber der Tod des L. im Aufstieg selbst vorgekommen, dann hätte der unglückliche Tote durch die Last seiner selbst, diesen oder jenen seiner nachsteigenden Kollegen mit in die Tiefe hinabreißen können. Den Tod des so jäh Dahingeschiedenen hat eine kinderlose Witwe zu beklagen. Seinem zu Lebzeiten gehegten Wunsche entsprechend ist L. in Miechowitz begraben worden.

Kattowitz, 25. Januar. Selbstmord auf den Schienen. Als sich gestern Nachmittag, kurz vor 5 Uhr, der Breslauer Zug vom hiesigen Bahnhof aus in Bewegung setzte, warf sich ein dem Arbeiterstande angehöriger Mann unter die Räder des letzten Wagens. Der Unglückliche wurde sofort getötet. Die Personalien des Selbstmörders, der sich im Alter von 30 bis 35 Jahren befand, sind zur Zeit noch unbekannt, da keinerlei Legitimationspapiere bei ihm vorgefunden wurden.

Kattowitz, 25. Januar. Mordversuch. Der Bergarbeiter Reimann aus Königshütte überfiel am Sonnabend Abend seine bei dem Droschkenbesitzer B. als Wirtschafterin bedienstete Ehefrau in deren Wohnung und versetzte ihr, nachdem diese ihm ahnungslos die Tür geöffnet hatte, mit einem Messer einen Stich in den Rücken. Die Verletzte stürzte mit einem Aufschrei zusammen. Dem Täter, welcher, der „Katt. Ztg." zufolge, aus Eifersucht gehandelt hat, gelang es, zu entfliehen, während die schwerverletzte Ehefrau nach dem Elisabethstift überführt wurde. Frau Reimann hatte ihren Ehemann, einen äußerst gewalttätigen Menschen, wegen wiederholter Mißhandlungen verlassen, um sich selbst ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Bis jetzt ist der Täter noch nicht verhaftet.

Kattowitz, 25. Januar. Eine stark besuchte Fabrikarbeiter-Versammlung fand gestern Nachmittag im hiesigen Gewerkschaftslokal statt. Redakteur Brzozwiniewicz referierte in polnischer Sprache über Unfallversicherung sowie Alters- und Invalidenversicherung. Referent verbreitete sich über die Rechte und Pflichten der Versicherten und führte unter anderem die Tatsache an, daß es noch viel zu wenig bekannt sei, daß kranke Arbeiter die Uebernahme des Heilverfahrens durch die Invalidenversicherung beantragen können. Nach den zustimmenden Ausführungen einiger Diskussionsredner, sowie nach einem Schlußwort Brzozwiniewicz wurde die Versammlung geschlossen und dasselbe Thema als Vortrag einer nächsten Versammlung bestimmt.

Schwientochlowitz, 25. Januar. Eine Verzweiflungstat beging der Stahlschmelzmeister Recling, der infolge eines Beinbruches im Lazarett befindlich, außerordentliche Schmerzen litt und dieselben durch große Quantitäten Rum, den er sich heimlich zu verschaffen wußte, zu betäuben suchte. Da das Mittel nicht half, soll er statt der verordneten 2 Pillen 16 Stück auf einmal eingenommen haben und so wurde er früh als Leiche aufgefunden.

Zabrze, 25. Januar. Versuchter Selbstmord. Gestern Nachmittag wurde der Bureaugehilfe Eugen A. aus Ratibor in einem Hausflur in Alt-Zabrze erhängt aufgefunden. Die von den Einwohnern angestrengten Wiederbelebungsversuche waren von Erfolg. Kaum hatte der Lebensmüde die Besinnung wieder erlangt, als er einen erneuten Selbstmordversuch unternahm, indem er sich in das Beuthener Wasser stürzte. Auch von dort wurde er herausgezogen und fast leblos in eine benachbarte Wohnung geschafft, wo er sich aber ebenfalls nach kurzer Zeit erholte. Stellungslosigkeit soll ihn zu dieser Tat getrieben haben.

Zaborze, 25. Januar. Ein Kuriosum vom Schankstättenschluß. Die Gottesdienststunden an den Vormittagen der Sonn- und Feiertage für Zaborze und Zaborze-Poremba sind auf die Zeit von $9^1/_2$ bis $11^1/_2$ Uhr festgesetzt, für Ruda bzw. den Ortsteil Ruda-Poremba auf die Zeit von 10—12 Uhr. Am Ausgange von Poremba, nämlich an der Kronprinzenstraße in der Richtung nach Morgenrot, befinden sich nun gegenüber zwei Kneipen. Die eine gehört zum Amtsbezirk Zaborze und muß daher um $9^1/_2$ Uhr schließen, während die andere zum Amtsbezirk Ruda gehört und erst um 10 Uhr zu schließen braucht. Will nun jemand aus dem Amtsbezirk Zaborze noch nach $9^1/_2$ Uhr „Einen pfeifen" und findet er seine Kneipe bereits verschlossen, so geht er über die Straße und kann da seinen Gefühlen Lauf lassen. Ebenso verhält sich die Sache umgekehrt, wenn schon um $11^1/_2$ Uhr ein Ruda-Porembaer Durst verspürt; er geht dann einfach 10 Schritte über die Straße und bereitwilligst wird ihm dort die Tür geöffnet, die der Konkurrent noch verschlossen halten muß.

Czenstochau (Russisch-Polen), 23. Januar. Brand einer Celluloidfabrik. Am Freitag warf ein Arbeiter der Landauschen Celluloidfabrik aus Unvorsichtigkeit eine Lampe um. Das Feuer teilte sich den umherliegenden Waren mit und in wenigen Augenblicken stand das Fabrikgebäude in Flammen. Zwei Arbeiter sind verbrannt und 16 erlitten schwere Brandwunden. Geradezu unglaublich klingt es, daß weder das Fabrikgebäude noch das Lager versichert waren. Die Fabrik fertigte Celluloidkämme und -Puppen an und beschäftigte über hundert Personen.

Rawitsch, 25. Januar. Für die Ausgesperrten in Crimmitschau gingen beim hiesigen Gewerkschaftskartell folgende Beiträge ein, und zwar auf

			Mk.
Liste	1	durch Laufs	7.05
„	2	„ Stiller	4.40
„	3	„ Glimpel	2.95
„	4	„ Glimpel	2.—
„	5	„ Glimpel	2.60
„	6	„ Laufs	7.75
„	7	„ Kobilke	2.85
„	8	„ Glimpel	1.80
„	9	„ Glimpel	1.70
„	10	„ Kmiec	1.20
„	11	Gesammelt d. gemütl. Abend	1.84
„	12	Von zielbewußten Buchdruckern	5.10
„	13	durch Laufs	4.30
Aus der Gewerkschaftskartellkasse			5.—
		Summa	50.54

Diese Summe wurde wie folgt versandt:

An den Hauptkassierer des Textilarbeiter-Verbandes Treue-Berlin, 1. Rate	20.— Mk.
An denselben, 2. Rate	15.44 „
Für die Weihnachtseinbescherung an J. Wilsdorf in Leipzig-Reudnitz	15 10
Summa	50.54 Mk.

Allen Gebern im Namen der Ausgesperrten herzlichsten Dank.
Der Vorstand des Gewerkschaftskartells zu Rawitsch.
J. A.: J. Kmiec.

Litteratur.

Die illustrierte Romanbibliothek „In freien Stunden" ist jetzt bis zum 4. Heft erschienen, das heute zur Ausgabe gelangt. Es bringt die Fortsetzung des Gerstäckerschen Romans „Die Flußpiraten des Mississippi" und der spannenden Erzählung „Gabriel Lambert, der Galeerensklave" von A. Dumas; sowie eine lustige Erzählung „Die Hirschgulden". Daneben „Dies und Jenes", „Wit-

und Scherz". Wöchentlich erscheint ein 24 Seiten starkes Heft zum Preise von 10 Pf., das in allen Partei-Buchhandlungen und in der Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69, zu haben ist. Mit dem 1. Januar begann der neue Roman, der noch jetzt von Heft 1 an nachbezogen werden kann. Wir empfehlen unseren Lesern das Abonnement.

Standesamtliche Nachrichten.

Geburten. 1. Schlosser Karl Sprotte, kath., T. — Kesselheizer Adolf Ludwig, ev., T. — Zimmermann Karl Gläser, ev., S. — Drechsler Paul Obst, kath., T. — Kupferschmied Max Beil, kath., T. — Schuhmacher Hermann Franke, ev., T. — Tischler Wenzel Kovarnik, kath., T. — Schlosser Oskar Fröhlich, kath., 2 S. — Weichensteller Emil Sauermann, ev., T. — Arbeiter Karl Seidel, ev., T. — Feilenhauer Arthur Dittrich ev., T. — II. Bahnarbeiter Josef Dickner, kath., S. — Bahnarbeiter Paul Schubert, ev., S. — Schuhmachergeselle Josef Silmann, kath., T. — Arbeiter Oskar Riediger, ev., T. — Müllergeselle Wilhelm Micke, ev., S. — Damenschneider Johannes Skorupa, kath., T. — Emaillierer Max Scholz, kath., T. — Klempnergeselle Gustav Knoppe, kath., T. — Ofenbauer Stanislaus Schubert, kath., S. — Schlosser Georg Knittel, ev., T. — Gärtner Karl Mittland, ev., S. — Schmied Hermann Geisler, ev., S. — Bahnarbeiter Paul Birn, kath., T. — Kutscher Paul Matzke, ev., S. — Stellmacher Franz Jablonski, kath., S. — Maschinenarbeiter Johannes Cholinski, kath., S. — Tischlergeselle Hermann Ritter, ev., T. — Fabrikschmied Paul Raffel, alias Winkler, kath., T. — Bauarbeiter Paul Klaut, kath., T. — Kutscher Friedrich Kleinod, ev., T. — Bahnarbeiter Karl Skrzippek, ev., S. — Brauergeselle Gustav Römer, kath., T.

Gewerkschaftskartell Breslau.

Freitag, den 29. Januar 1904, abends 8 Uhr

Sitzung

im Zimmer 2 des Gewerkschaftshauses

Tagesordnung: [1..

1. Die Breslauer Gewerbegerichtswahlen.
2. Die Central-Herberge.

Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

Stadt-Theater.

Mittwoch: „Lohengrin".
Donnerstag, zum 3. Male: „Wenn ich König wär'".

Lobe-Theater.

Mittwoch: „Zapfenstreich".
Donnerstag: „Zapfenstreich".

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.

Freitag, Gruppe C, 3. Vorstell.: „Der Sturmgeselle Sokrates."

Dominikaner.

Letzte Woche!
Täglich die
Elite-Leipziger
Alle 3 Tage neues Programm.
Entree 10 Pf.

Herren- und Damen-Masken billig zu verleihen Sonnenstraße Nr. 10, 2. Stg. Mais. 92

Zeltgarten

Dir. H. Kreinsik.
Täglich: Gala-
Künstler-Vorstellung.
Gänzlich neues Programm.
12 Attraktionen.
Entree 30 Pf.
Anfang 7½ Uhr.

Zeltgarten-Tunnel

Die Hölle.

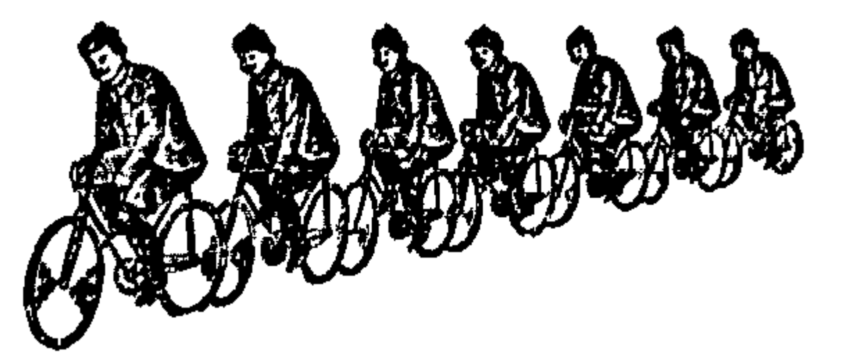
112] Täglich:
Großes Konzert
des Damenorchesters
„Quinta".
Entree frei!
Anfang 7 Uhr.

Konzerthaus „Flora".

Dir.: H. Kreinsik.
Täglich:
Karnevalsfest
im
Alt-Heidelberg
118] unter Leitung des
Festwirts Wolf
mit seiner Froschkapelle
Entree frei!

Palmengarten

Gartenstr. 65.
Donnerstag, 28. d. M.:
5. urfideles Bockfest
Es werden unter das anwesende Publikum gratis verteilt.
1. ein eleg. Tafelaufsatz. 2. eine Standuhr m. Säule u. Aufsatz, 3. eine Kakes-Dose, 4. ein Schreibzeug mit Briefwage, 5. ein kompl. Rauch-Services.
Die Gegenstände sind bis Donnerstag abend in der Ziq.-Handlg. von Lindau & Winterfeld, N. Schweidnitzerstraße, Ecke Gartenstraße, ausgestellt.
Neues reichhaltiges Fest-Programm.
63 konzertieren
drei internationale Kapellen.



Orkan-Fahrräder sind die besten und doch die billigsten
mit 1 Jahr Garantie für 75.— Mk.
Vertreter der berühmten Phänomen-Fahrradwerke.

Laufdecken	4.—	Sattel	1,90
dto. ½ Jahr Garantie	4.75	Radlaufglocken	0.90
dto. 1 Jahr Garantie	6.25	Freilaufnabe m. Rücktrittbremse, Modell 1904	10.—
Luftschläuche	2,70	Brenner	0,10
dto. ½ Jahr Garantie	3.25	Blechkotschützer kompl Garnitur	2.—
dto. 1 Jahr Garantie	4.—		

Bernh. Wedler, Breslau I
Große Groschengasse 14. 74

Selten günstige Gelegenheit!

So lange der Vorrat reicht, offerieren wir, **ohne Rücksicht auf die bisherigen Preislagen**
einen grossen Posten
Herren-Hosen
zu **4,50 Mk. u. 7,— Mk.**
Gebr. Taterka
Breslau, Ring 47.

So lange der Vorrat reicht, offerieren wir, **ohne Rücksicht auf die bisherigen Preislagen**
einen grossen Posten
Knaben-Anzüge
zu **5,— Mk.**
Gebr. Taterka
Breslau, Ring 47.

Der jährlich nur **einmal** stattfindende

Grosse Inventur-Ausverkauf

beginnt **Donnerstag**, den **28. Januar** und dauert bis **Mittwoch**, den **3. Februar.**

Die Gelegenheit zur **Beschaffung** von **Braut-Ausstattungen** sowie **Komplettierungen älterer Hausbestände** ist eine ganz besonders günstige und sollte **keine Braut** und **keine Hausfrau** verabsäumen, dieselbe unbeachtet vorübergehen zu lassen.

Zum Verkauf gelangen an diesen Tagen **in allen Abteilungen** unserer Warenläger:

Weit unter Herstellungspreis!

Grosse Posten vereinzelte, am Lager u. in den Auslagen **unsauber** gewordene, sowie von **Bestellungen zurückgebliebene**

Damen-Hemden,
Jacken u. Beinkleider,
Herren-Oberhemden,
Tag- u. Nachthemden,
Kinder- und Erstlingswäsche,
Trikotagen u. Strümpfe.

Enorm billige Gelegenheiten!

In einzelnen
Tischtüchern,
Servietten, Handtüchern,
Tisch- u. Teegedecken,
für 6, 8 und 12 Personen.
Kaffee- u. Abenddecken,

Taschentücher
(Rein Leinen
mit kaum merklichen Webefehlern).

Bedeutend unter Preis!

Ein grosser Posten fertige
Bettbezüge,
in Leinen, Damast, Wäschetuch u. Linon,
garnierte und handgestickte
Kopfkissen,
glatt und gestreifte
Inlette.
Mehrere Hundert
Bettlaken
in Dowlas, Halb- und Reinleinen.

Fast 50 % unter Preis!

Aeltere Muster und einzelne Fenster
Gardinen, Stores, Schlaf-, Bett- und Steppdecken.

Reste
in Leinen-, Baumwoll-, Negligé- u. Bettstoffen
in verschiedenen Längen u. Breiten, passend zu **Bezügen, Kissen, Bettlaken** etc.

[115

Stein & Koslowsky

Umtausch findet nicht statt! **Breslau, Ring No. 16.** **Verkauf nur gegen Barzahlung!**

Verantwortl. Redakteur für die Rubrik: „Lokales und Provinzielles" und die Inserate: Friedrich Mehrlein; — für den gesammten übrigen Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der „Neuen Welt" Paul Löbe. Redaktion und Expedition: Neue Graupenstr. 5/6. — Verlag von Oscar Schütz; — Druck von Th. Schatzky; — sämtlich in Breslau. — Ausgabeort: Breslau. [Hierzu 1 Beilage.

Beilage zu Nr. 22 der „Volkswacht".

Mittwoch, den 27. Januar 1904.

Deutscher Reichstag.

17. Sitzung vom Dienstag, den 26. Januar, 1 Uhr
Am Bundesratstisch: Graf Posadowsky.

Die zweite Lesung des Etats des Reichsamts des Innern wird fortgesetzt.

Abg. Werner (Antisemit):

Viele kleine Handwerksmeister und Bauern haben weit mehr Sorgen als die Arbeiter, für sie aber tut die Gesetzgebung fast nichts. Der Mittelstand wird zerrieben und die Regierung sieht untätig zu.

Staatssekretär Graf Posadowsky

beklagt sich darüber, daß seine Rede mißverstanden und falsch weiter kolportiert wurde. Gestern habe er über das Verhalten der sächsischen Regierung in Crimmitschau gesagt, bei so großen Ausständen kämen auch Mißgriffe vor. Das bezog sich auf den Fall der Streikposten, die im Hausflur standen und weggewiesen wurden. Jetzt werde ihm mitgeteilt, daß nur in einem Falle ein Freispruch erfolgt sei, in allen anderen Fällen sei diese Maßnahme durch die höheren Instanzen bestätigt worden. Seine Aeußerung müsse er deshalb entsprechend einschränken. Auch habe er seiner Zeit nicht gesagt, der Handwerkerstand sei nicht mehr zu halten, sondern nur in Bezug auf den allgemeinen Befähigungsnachweis gesagt: Was nicht mehr zu halten sei, könne die Regierung auch nicht halten und dabei bleibe er stehen. An den allgemeinen Befähigungsnachweis sei nicht mehr zu denken.

Sächsischer Geheimrat Dr. Fischer:

Die Maßlosigkeit und Heftigkeit der Angriffe des Herrn Abg. Fischer, die nicht mehr überboten werden kann, erheischt sofortige Abwehr. Was geht den Herrn Abg. Fischer, der nicht Sachse oder sächsischer Abgeordneter ist, die Erhöhung der sächsischen Zivilliste an? (Unruhe bei den Soz.) Der Verlauf des Dramas in Crimmitschau hat gezeigt, daß hier eine Machtprobe vorlag. Mit der Frage des 10stündigen Arbeitstages haben sich die sozialpolitischen Theoretiker sehr leicht abgefunden. Sie sagen einfach: Es ist besser als der Elfstundentag und die Arbeitgeber können sehen, wie sie damit fertig werden. Professor Delbrück, bekannt durch seine sprunghaften Anschauungen, hat sogar die Stirn gehabt (Lachen bei den Soz.), die Arbeitgeber zu beschuldigen, daß sie die Arbeiter mißhandelten. Mißhandlungen haben aber lediglich die streikenden Arbeiter begangen. (Große Unruhe bei den Soz.) Die Behörden standen anfangs Gewehr bei Fuß, die Situation verschärfte sich auch erst, als es den Unternehmern gelang, in größerem Umfang Arbeitswillige heranzuziehen. Herrn Abg. Fischer kann ich nur sagen: So viel Worte, so viel Unwahrheiten. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Sie waren doch garnicht Augenzeuge! (Ruf b. d. Soz.: Sie auch nicht!) Ich habe doch meine Akten. (Lachen b. d. Soz.) Das Verhalten der Gendarmen war durchaus angemessen, die Szenen grenzten an Aufruhr. Auch Herr Trimborn war mit den Behörden nicht zufrieden. „Es tut mir in der Seele weh", das Weitere wird Herr Trimborn sich schon selbst ergänzen. (Heiterkeit.) Das Material über das Verhalten der Ausständigen ist so groß, daß ich die Akten kaum hätte hierher transportieren können. (Lachen b. d. Soz.) 75 Fälle der Belästigung von Arbeitswilligen liegen vor, bei vielen war näheres allerdings nicht zu ermitteln. (Aha! b. d. Soz.) Das Amtsgericht hat in 44 Fällen Strafe eintreten lassen. Wenn Pfarrer Schink klug gewesen wäre wie die Schlangen, dann hätte er geschwiegen. Die Weihnachtsfeier ist nicht verboten gewesen, nur die Ansprachen. Die Geistlichen waren ja bereit, Ansprachen zu halten. (Lautes Lachen b. d. Sozialdemokraten, Zuruf: Pfarrer Schink!) Es sollte das Versammlungsverbot wohl umgangen werden. Das haben die Sozialdemokraten schon unter dem Sozialistengesetz verstanden. Ich verbot eine Versammlung, in der Abg. Bebel reden sollte. Dann wurde eine andere Versammlung mit einem unbekannten Herrn Schmidt als Referenten angemeldet. Diese genehmigte ich, aber ich hatte das dunkle Gefühl, daß nicht alles in Ordnung sei. (Zuruf bei den Soz.: Ahnungsvoller Engel!) Als ich in die Versammlung kam, teilte der Vorsitzende mit, der Referent sei nicht erschienen, und fragte, ob ein anderer reden wolle. Eine Stimme rief: „Ich." Es war der Herr Abgeordnete Bebel. (Stürmische Heiterkeit.) Ich ließ ihn zunächst sprechen, bald aber merkte ich, daß er gerade das Referat halten wollte, das ich verboten hatte. (Große Heiterkeit.) Daraufhin löste ich die Versammlung auf. Der Sündenbock für das klägliche Ende des Streiks soll die sächsische Regierung sein, er ist aber verloren gegangen, weil die Arbeitgeber sich fest zusammengeschlossen haben. Von vier Arbeitgebervereinigungen ist mir der Auftrag geworden (Ruf bei den Sozialdemokraten: Auftrag ist gut!), hier zu erklären, daß sich die Crimmitschauer Geschäftswelt durch die Behauptung des Abg. Bebel, hunderte kleiner Geschäftsleute stünden vor dem Bankerott, aufs schwerste geschädigt fühle. Die Behandlung ist stark übertrieben (Abg. Bebel: Lächerlich!) Unberechtigt sind auch die Angriffe gegen den Bürgermeister, der im Sinne einer Verständigung gewirkt hat. Geben Sie (zu den Sozialdemokraten) hin und tuen Sie desgleichen! (Bravo! rechts.)

Abg. Mugdan (Freisinnige Volkspartei):

Unsere sozialpolitischen Leistungen sind durchaus nicht so gering, wie Abg. Fischer behauptete. Notwendig wäre eine Vermehrung der Fabrikinspektoren, Verstärkung der weiblichen Assistenten und Einführung der Handelsinspektoren. Die Heimarbeiter müssen in die Sozialgesetzgebung einbezogen. Ich wünsche ferner eine gründliche Reform der Krankenversicherung. Was die Arztfrage anlangt, so bin ich Gegner der Einmischung der Behörden, und wünsche keine gesetzliche Festlegung der freien Arztwahl. Die Sozialdemokraten behaupten die Krankenversicherung hätte den Aerzten nichts geschadet, der Beruf sei nur überfüllt. Wäre das wahr, dann müßte die Krankenkasse alle Streiks gewinnen; bisher aber haben sie trotz verlockendster Angebote weder in Cöln noch in Leipzig genügend Aerzte gefunden.

In Wahrheit sind leider nur wenige Proletarier im medizinischen Sinne gesund, selbst wenn sie weiter arbeiten können. Nur Aerzte, die ganz unter der Knute der Kassenvorstände stehen, weisen solche Kranken ab. Auf Kongressen wird dafür geschwärmt, lungenkranken Arbeitern viel Milch zu verordnen, wenn ein Arzt es aber tut, wird er entlassen. Die finanzielle Grundlage der Kassen ist eben zu gering. Ob sie sich durch höhere Beiträge der Arbeitgeber oder durch Konzentration der Kassen erweitern läßt, ist fraglich. Die viel gerühmte Selbstverwaltung ist nur die unumschränkte Herrschaft der Kassen-Beamten. Dauernde Abhilfe dieser Mißstände kann nur die Vereinigung von Kranken- und Invaliden-Versicherung auf gemeinsamer Grundlage bringen. Nach dem Unfallversicherungsgesetz müssen zu jedem Schiedsgerichte Sachverständige zugezogen werden, aber außerhalb Bayerns wird diese Bestimmung vielfach mißachtet. Auch bei Festsetzung der Rente werden die Aerzte oft übergangen. Die Kompetenz-Streitigkeiten zwischen den Vorsitzenden der Schiedsgerichte und denen der Invalidenanstalten müssen im Interesse der Versicherten verhindert werden. — Der Abg. Wurm sprach im vorigen Jahre von der unüberbrückbaren Kluft zwischen den besitzenden und den arbeitenden Klassen. Aber der größte Teil der Arbeiter gehört auch heute noch den bürgerlichen Parteien an. Ich hoffe, daß die Kluft immer mehr überbrückt werden wird. Dann werden wir zum sozialen Frieden in unserem Vaterlande kommen. (Beifall b. d. Freis.)

Abg. Erzberger (Ztr.):

Wie lange will man noch mit der Handwerkerenquete aus Sparsamkeitsrücksichten warten? — Gegenüber dem Abg. Fischer, der sich auf die weitergehenden sozialpolitischen Anträge seiner Partei berief, bemerke ich, daß das nur die uralte Marx'sche Uebertrumpfungstaktik ist. Es giebt aber auch unter den Sozialdemokraten sehr vernünftige Leute. (Heiterkeit.) Kampffmeyer bezeichnet in den Sozialen Monatsheften die Versicherungsgesetzgebung als ein Geschenk von 1½ Milliarden an die Arbeiterklasse. Schippel hat auf dem Stuttgarter Parteitag das Rezept angegeben: Welche Handelspolitik die Regierung auch verfolgt, es wird kräftig dagegen losgelegt. (Heiterkeit.) Das hat Herr Fischer gestern allerdings gründlich besorgt. (Große Heiterkeit im Ztr.) Im Vorjahr gar warf man uns vor, mit den Resolutionen Stimmenfang zu treiben. Jetzt passen sie Ihnen wieder nicht; da scheinen Ihnen unsere Resolutionen doch recht unangenehm zu sein. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) In Bezug auf die Krankenversicherung der Heimarbeiter hat der Staatssekretär auf unsere Resolution bereits eine entgegenkommende Antwort gegeben. Wir brauchen uns also nicht den Kopf darüber zu zerbrechen, was wir tun, wenn die Regierung unsere Resolutionen ablehnt. Was tut denn die Sozialdemokratie, wenn einmal der Etat abgelehnt wird? Die deutsche Arbeiterschaft ist keineswegs antimonarchisch. Die 600,000 Arbeiter des Frankfurter Kongresses beweisen das Gegenteil. (Sehr richtig! rechts.)

Eine weitere Vermehrung der Gewerbeaufsichtsbeamten und ihre engere Verbindung mit den Arbeitern ist uns erwünscht. Ausnahmen von der Sonntagsruhe sollten weniger bewilligt werden. Die Unfallverhütungsvorschriften sollten durch die Berufsgenossenschaften ausgedehnt und Preise für Erfindungen auf diesem Gebiete ausgesetzt werden.

Die Fürsorge für Arbeitslose wird immer mehr von Gemeinden wie z. B. Köln und Leipzig übernommen. Vielleicht können die Polen, die noch für diese Session eine Reichsarbeitslosenversicherung fordern, dieses Ei des Kolumbus lösen. (Sehr gut! im Zent.) — Die Straßenbahner haben trotz der hohen Dividenden lange Arbeitszeit und niedrige Löhne. Die Stadtverwaltungen sollten bei der Konzessionserteilung für Schutzbestimmungen sorgen. Herr Schrader möge seinen Einfluß im Berliner Rathaus geltend machen. — Die Molkereiarbeiter haben oft das ganze Jahr keinen freien Sonntag-Vormittag. In der Bundesratsverordnung für Ziegeleiarbeiter sind alle besonderen Schutzbestimmungen für Frauen und Jugendliche weggelassen. Auch sonst geht uns die Verordnung nicht weit genug. — Uebertretungen der Schutzgesetze müßten strenger bestraft werden; ein Arbeitgeber, durch dessen Nachlässigkeit ein Arbeiter mehrere Finger verlor, erhielt 30 Mk. Geldstrafe. (Hört! hört!) Die Gewerbeinspektion ist ein wichtiges Mittel, den sozialen Frieden herbeizuführen. (Beifall im Zent.)

Abg. Freih. v. Heyl zu Herrnsheim (nationalliberal):

Die Thronrede hat mich enttäuscht, weil sie den zehnstündigen Maximalarbeitstag für Frauen, ich spreche hier mehr für meine Person als für die Mehrzahl meiner politischen Freunde (Aha! bei den Soz.) — nicht enthalten hat. Weiter erwartete ich Spezialgesetze für Heimarbeiter und allerdings auch eine Verschärfung der Strafen für persönliche Beleidigungen, denen die Abgeordneten, Industriellen etc. von der kleinen sozialdemokratischen Presse so vielfach ausgesetzt sind. Bei hohen Beleidigungs-Strafen wäre die Existenz dieser Blätter vielfach sehr in Frage gestellt. Ueber den Crimmitschauer Streik hätte eine Reichsenquete erfolgen sollen. Ich bedauere das Hinausschieben der Handwerker-Enquete, für die man die Hälfte der Ausgaben für St. Louis verwenden sollte. Die sozialdemokratische Devise „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!" findet wenig Gegenliebe bei den schutzzöllnerischen Arbeitern in Amerika und Australien. Die Sozialdemokratie wirft uns vor, daß wir nichts für die Arbeiter täten, aber ist etwa auf dem Dresdener Parteitag auch nur ein einziger Antrag für das Volkswohl aufgetaucht? Nein! Dort haben nur die Raubfische die Frettfische verspeist. (Sehr gut! bei den Nationallib.) Der Antrag Auer über die Arbeitskammern erwies sich in der Kommission als ganz undurchführbar. (Zuruf bei den Soz.: In welcher Kommission?) Stets wird seitens der Sozialdemokratie auf die große Expropriation hingewiesen, worauf die Proletarier das Heft in die Hand bekommen würden. In der Schweiz, in der ja Herr Bebel eine Villa besitzt (Heiterkeit), pflegt man die Sozialdemokraten, die sich in der Agitation hervortun, gleich zu Polizeikommissaren oder Finanzministern zu machen. Dann blamieren sich diese Leute stets sofort, wie der sozialdemokratische Finanzminister Ernst in Zürich. (Abg. Bebel ruft: Sie haben ja keine Ahnung!) Der Kanton Zürich sollte sich den früheren sozialdemokratischen Abgeordneten Ulrich aus Hessen als Finanzminister engagieren. Herr Ulrich hat in der Finanzkommission des hessischen Landtags eine progressive Einkommensteuer vorgeschlagen, wonach die Besitzenden mit 113 % ihres Einkommens besteuert werden. (Große Heiterkeit.)

Die Gewerkschaften in Deutschland sind zum großen Teil in Händen der Sozialdemokratie. Das hat sich auch in Crimmitschau gezeigt. Die Erfolglosigkeit des Crimmitschauer Streiks war für die Agitation der Sozialdemokratie viel wertvoller, als ein erfolgreicher Streik. Ihnen (z. d. Sozialdemokraten) paßt die große Erbitterung und Gehässigkeit, die durch das Unterliegen der Arbeiter entsteht. Naturgemäß ergab die fortschreitende Entwicklung der Gewerkschaften einen engeren Zusammenschluß der Arbeitgeber. Das Reich darf den großen Kampf zwischen den beiden Organisationen nicht abwarten, sondern muß durch Ausbildung der Arbeitskammern und durch Verhandlungszwang in friedlichem Sinne eingreifen. Gegen die Sozialdemokratie aber hilft nur das geschlossene Vorgehen aller bürgerlichen Parteien. (Lebh. Beifall b. d. Nationalliberalen.)

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Eine Verbindung von Invaliden- und Krankenversicherung, wie sie Herr Dr. Mugdan wünschte, kann nur erfolgen, wenn auch für die Krankenversicherung ein selbständiger lokaler Unterbau geschaffen wird. Die mechanische Art der Rentenbegutachtung seitens der Lokalinstanzen ist vom Herrn Dr. Mugdan mit Recht hervorgehoben worden. — Ueber die Sonntagsruhe in Molkereien ist eine Bundesratsverordnung in Vorbereitung, auch sollen die allgemeinen Bestimmungen über die Sonntagsruhe einer Nachprüfung unterzogen werden.

In Preußen hat man zuerst versucht, die Wohnungsverhältnisse in den Ziegeleien durch Polizeiverordnungen zu verbessern, die jedoch durch gerichtliches Erkenntnis aufgehoben sind. Man muß nun das allgemeine Wohnungsgesetz, das in Preußen vorbereitet wird, abwarten. Herr von Heyl hat uns empfohlen, den Weg des Millerandschen schiedsgerichtlichen Entwurfs zu gehen. Dieser zog aber Zwangsschiedsgerichte vor. Er ist in Frankreich von Arbeitgebern und Arbeitnehmern einstimmig abgelehnt worden, und auch im deutschen Reichstage würde sich für eine solche Vorlage keine Mehrheit finden. Das Volumen unser sozialpolitischen Gesetze hat sich ständig vermehrt. Wir stehen nicht still, sondern schreiten vorwärts. Der Gesetzgeber muß aber Rücksicht nehmen, wie jede Bestimmung auf den wirkt, der sie ausgeführt hat.

Aus aller Welt.

Zum Kapitel „Notleidende Großgrundbesitzer" wird aus einer Kreisstadt Hinterpommerns geschrieben: Es ist bekannt, daß Hinterpommern zu dem Stabe der „Ostelbier" ein sehr ansehnliches Häuflein wehrhafter Mannen stellt. Fern vom Getriebe der bösen Großindustrie gedeiht hier der Weizen ächzender Großgrundbesitzer noch immer recht gut; dafür ein kleines Beispiel: Der landwirtschaftliche Verein in einer Kreisstadt zwischen Kolberg und Stettin begeht Ende Januar sein 25jähriges Bestehen u. a. durch das bei solchen Gelegenheiten schwer zu umgehende Festessen. Und eben dieses Festessen beweist die Notlage der darbenden Landwirtschaft in schlagender Weise. Jedes Kuvert kostet nämlich die Kleinigkeit von 8 Mark. Als Getränk darf grundsätzlich nur französischer Sekt serviert werden!

Sittlichkeit auf dem Lande. Das Mannheimer Schwurgericht hat dieser Tage einen reichen Bauernsohn aus Heddesheim (Odenwald) zum Tode verurteilt, weil er seine Geliebte ermordet hatte. Der Verurteilte ist ein 19jähriger Bengel, der auf das Ansehen pochend, das ihm der Reichtum seiner Eltern gab, als gefährlicher Don Juan in seinem Heimatsdorfe auftrat. Mit 17 Jahren schon trieb er die geschlechtlichen Ausschweifungen in tollster Weise; er schwängerte ein Mädchen, gab ihr dann Abtreibungsmittel, forderte als diese versagten, die Hebamme zum Mord des neugeborenen Kindes auf. In einem anderen Falle wurde er zur Zahlung von Alimenten verurteilt. Die gemordete Geliebte war ebenfalls im 9. Monat schwanger, weshalb er wohl auch den fürchterlichen Entschluß faßte, um nicht wieder Alimente zahlen zu müssen. Der Bursche war ebenso abgebrüht angesichts der Gemordeten, der er den Hals durchschnitten, wie angesichts des Todesurteils. Lächelnd nahm er es entgegen. Ein schöner Beitrag zur „Sittlichkeit auf dem Lande".

Das Opfer einer unsinnigen Wette ist der Droschkenbesitzer Johann Ziemke in Stettin geworden. Er hatte in einer Gesellschaft geprahlt, daß er von allen im Trinken am meisten vertragen könne und sie alle unter den Tisch trinken werde. Schließlich wettete er gegen eine Flasche Sekt, daß er eine dreiviertel Liter Flasche voll Kognac austrinken wolle. Die Wette wurde angenommen und Ziemke trank in einem Zuge dreiviertel Liter Kognak. Er wurde bald darauf sinnlos betrunken in ein anderes Zimmer gebracht, um seinen Rausch auszuschlafen. Als er Abends immer noch nicht nüchtern war, legten ihn seine Zechgenossen in eine Droschke und fuhren so noch stundenlang in der Stadt umher. Als sie ihn schließlich aus der Droschke nahmen, brach er leblos zusammen. Der herbeigeholte Arzt konnte nur noch den Tod feststellen. — Wie oft wiederholen sich diese Dummheiten mit schlimmem Ausgange!

Ein Kleinbahn-Idyll vor Gericht. Ein in Gräfenberg in Bayern ansässiger Kaufmann, der vor einiger Zeit die Lokalbahn Erlangen-Gräfenberg benutzte, verließ im Uebermut während der Fahrt den Zug, ging gemütlich einige hundert Meter neben ihm her, wobei er an einem Wagen schob, und stieg dann während der Fahrt wieder in sein Coupee ein. Für diese Extravaganz wurde er mit einem Strafmandat über eine Mark bedacht, das vom hiesigen Amtsgericht bestätigt wurde.

Benzin-Explosion. In einer in Mannheim gelegenen chemischen Färberei und Wäscherei sind gestern, wie die „Kölnische Volkszeitung" meldet, infolge einer Benzinexplosion acht Personen verunglückt, die schwere Brandwunden erlitten. Die meisten der Verunglückten sind Familienväter.

Das Bergunglück in Amerika. Es ist keine Hoffnung vorhanden, daß die in der Grube der Herwick-Coal-Company verschütteten Arbeiter, deren Zahl 184 beträgt, gerettet werden.

Die Todesfahrt Looping the loop. Wieder hat die gefährliche Reisenfahrt eine Katastrophe herbeigeführt. Im Teatro Pari in Madrid produzierte sich eine junge Amerikanerin namens Miß Minna Alix als Looping the loop-Fahrerin im Automobil. Als sie am Scheitelpunkt angekommen war, stürzte sie aus dem Wagen, fiel mit dem Kopf auf die hölzerne Plattform und von da auf die elektrischen Lampen der Bühnenrampe. Ein Schrei des Entsetzens ging durch das gedrängt volle Haus. Viele Zuschauer eilten, von Schrecken gepackt, hinaus, andere wurden ohnmächtig. Miß Alix wurde, aus mehreren Kopfwunden blutend, bewußtlos in ein Krankenhaus gebracht, wo wenig Hoffnung auf ihre Genesung herrscht. Alle spanischen Zeitungen protestieren nunmehr gegen dieses lebensgefährliche Schauspiel. — Ein Protest, dem wir uns nur anschließen können!

Ein eigenes Mißgeschick passierte den Landshutern beim Bau des schönen neuen Realschulgebäudes. Als nun alles fertig war, entdeckte man, daß kein Kamin vorhanden sei. Daran hatte man in der Hauptstadt Niederbayerns nicht gedacht.

Von einem verheerenden Orkan ist nach einer Meldung aus Melbourne die Fidschi-Insel Leonka heimgesucht worden. Viele Menschen sind umgekommen, an Eigentum namentlich Schiffen, ist ein großer Schaden angerichtet worden. Auch die Insel Suva hat, wenn auch weniger schwer, durch das Unwetter gelitten.

Schon wieder ein Brand in Chicago. Wie die „Frankf. Zeitung" aus Chicago meldet, ist in einem 20stöckigen Geschäftshause, das 5000 Personen beherbergte, ein Brand ausgebrochen. In wilder Flucht stürzte alles ins Freie. Zwei Leute sind verbrannt. Die Panik war ungeheuer, weil die Treppen wegen des furchtbaren Qualms fast unpassierbar waren. Glücklicherweise funktionierten die Fahrstühle tadellos.

Was ein Riese vertilgt. Der Riese Machnow, von dessen Abenteuern in Berlin wir berichtet haben, hatte sich gegen einen Reporter beklagt, sein Impresario habe ihn schmählich Hunger leiden lassen. Der Beschuldigte veröffentlicht eine entrüstete Verteidigung und schreibt: Was das „Hungerleiden" des Riesen betreffe, so könne aus den Menus der täglichen Mahlzeiten, die ihm verabreicht wurden, gefolgert werden, inwieweit Machnows Klagen berechtigt seien. Er bekam zum Frühstück: Einen Topf Tee, ½ Pfund Käse, und zwar Fromage de Brie, ½ Pfund Butter und 6 bis 8 Semmeln. — Mittag: 5 bis 6 Teller Fleischbrühe mit Nudeln, 3 bis 4 Pfd. Fleisch und eine Schüssel Kartoffeln. — Um ½5 Uhr Vesper: Eine Kanne Kaffee, zirka 1 Pfund Speck, und ein ganzes Schwarzbrot. — Um 7 Uhr: Zwei-, manchmal dreiviertel Gans und Brot nach Wunsch. — Nach der Vorstellung um 10 Uhr Abends: Ein Pfund amerikanische Aepfel mit ein Pfund Sandzucker, 10, 12 bis 15 Stück gesottene Eier, ½ Pfund Butter und ½ bis ¾ Pfund Fromage de Brie. — Jederzeit erhielt er so reichliche Portionen, daß immer etwas übrig blieb.

Einen dreisten Erbschaftsschwindel hat in dem neumärkischen Städtchen Soldin ein Bäckerlehrling in Szene gesetzt. Nachdem er ungefähr ½ Jahr bei einem Meister in der Lehre gewesen war, überraschte er diesen eines Tages mit der Kunde, daß ihm von einem verstorbenen Onkel in Amerika 100,000 Mark als Erbe zugefallen seien. Zur Bestätigung legte er ein Schriftstück vor, das eine Kopie des Testaments sein sollte. An dem unerwarteten Glück des Lehrlings nahm die ganze Stadt teil, und aus dem Bäckerlehrling wurde schleunigst ein vielumworbener jugendlicher Rentier, der jeden gewünschten Kredit genoß und herrlich und in Freuden lebte. Als die Erbschaft aber allzulange auf sich warten ließ wurden die guten Soldiner mißtrauisch, die Polizei nahm den Erbjüngling ins Gebet und sperrte ihn ein, da seine Geschichte Schwindel war.

Bei der Vorführung dressierter Elefanten getötet wurde in London der auch in Breslau vom Zirkus Renz her bekannte Dompteur Lockhardt. Lockhardt, der seine alten Elefanten verkauft hat, führte eine Anzahl junger Elefanten vor: während der Schaustellung wurde er von dem größten Tiere an die Wand gedrückt, sodaß er wenige Minuten später starb.

Vom Chicagoer Theaterbrand. Die zur Untersuchung des Brandes im Iroquoistheater ernannten Geschworenen in Chicago versetzten die Theaterbesitzer, viele Angestellte und die Spitzen der städtischen Behörden, unter ihnen den Mayor Harrison, in den Anklagezustand. Die Anklage lautet auf fahrlässige Tötung.

Für „sittliche" Brautpaare. Ein Aufruf des Hofpredigers D. Rogge in Potsdam weist unbemittelte Brautpaare auf die „Kaiser-Denkmal-Stiftung" hin. Aus dieser werden an eine Anzahl „sittlich bewährter" Brautpaare auch in diesem Jahre Ausstattungen vergeben.

Gegenüber dieser Verpflichtung ist eine Ueberhastung der Gesetzgebung eine große Gefahr.

Abg. **Gamp** (Reichspartei):

Die Handwerker-Enquete muß sofort vorgenommen werden. Der schauerliche Terrorismus der Sozialdemokratie in den Krankenkassen muß schleunigst gebrochen werden. Schuld an der traurigen Episode in Crimmitschau hat lediglich die Sozialdemokratie. (Lebhafter Widerspruch bei den Soz.) Die dortige Textilindustrie konnte den Zehnstundentag nicht einführen, weil sie nicht über ein so vorzügliches Arbeitermaterial verfügt wie ihre Konkurrenten im Westen. Kommerzienrat Vogel hatte den Arbeitern versprochen, daß in verhältnismäßig kurzer Zeit die 10½stündige Arbeitszeit eingeführt werden sollte. Die Arbeiter waren damit einverstanden, und darauf wurde aber trotzdem die Arbeit in einigen Fabriken eingestellt. Einen solchen Treubruch konnten sich die Fabrikanten nicht gefallen lassen. Nachdem die Sozialdemokratie sich der Sache bemächtigt hatte, hatten die Fabrikanten recht, das Schiedsgericht abzulehnen. Die Sozialdemokratie wäre mit ihren Vermittlern gegen uns warten, bis ihre Bruderpartei in Frankreich dafür gesorgt hat, daß dort die sozialpolitische Gesetzgebung so weit ist wie bei uns.

An Interesse für die Arbeiter haben wir es nicht fehlen lassen. Wir wollen aber eine vorsichtige Behandlung der sozialpolitischen Fragen. Die Industriellen werden mit den Schutzbestimmungen geradezu chikaniert und leicht wegen irgend einer Lumperei vor den Strafrichter geschleppt. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Zur Bekämpfung der Sozialdemokratie wäre die Verbreitung der Dresdener Parteitags-Protokolle weit geeigneter als die Bülow-Reden (Große Heiterkeit.) Die Sozialdemokratie kämpft viel weniger gegen das Kapital als gegen das Königtum. An eine sozialdemokratische Revolution glaube ich ja nicht. Herr Singer ist kein Barrikadenkämpfer. (Stürmische Heiterkeit.) Sie wollen die Republik, weil sie in ihr freiere Bahn zur Erlangung politischer Macht erhoffen. Möge die Regierung sich der Gefahr bewußt sein. (Beifall rechts.)

Darauf vertagt sich das Haus.

Persönlich betont

Abg. **Molkenbuhr** (Soz.) gegenüber dem Abg. Mugdan, er sei früher ein Anhänger der freien Arztwahl gewesen, aber durch das Verhalten der Aerzte selbst, die von den Kassen eine 5–10fache Erhöhung ihres Honorars forderten, zu einem Gegner derselben geworden. Schon bei einer fünffachen Erhöhung würden die Krankenkassen bankrott sein.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. Fortsetzung der heutigen Beratung.

Schluß 6½ Uhr.

Im Abgeordnetenhause

wurde am Dienstag die erste Lesung des Etats beendet und der Etat der Budgetkommission überwiesen. Die ganze Debatte, die diesem Beschluß voranging, hatte mit dem Etat aber herzlich wenig zu tun.

In der Hauptsache wurde eigentlich nur die Auseinandersetzung über den Grad der Freundschaft fortgesetzt, der zwischen den konservativen Parteien und den Nationalliberalen besteht. Die Konservativen hielten sich dabei noch mehr zurück, als die Freikonservativen, die unter Führung des Freiherrn von Zedlitz ja schon an den Tagen vorher einen Vorstoß gegen die Nationalliberalen gemacht hatten. Es kann nicht geleugnet werden, daß aus der Redeschlacht die Nationalliberalen als Sieger hervorgegangen sind. Zuerst sprach Herr Sattler und faßte Herrn von Zedlitz ziemlich unsanft an. Er sagte, daß er weder seiner Partei noch seiner Persönlichkeit nach berechtigt sei, den Nationalliberalen Vorschriften zu machen, und machte ihn darauf aufmerksam, daß im Reichstag die konservativen Parteien die Nationalliberalen zur Mehrheitsbildung brauchen gegen das Zentrum und die Linke, daß im Landtag ohne Hilfe der Nationalliberalen auch die Polenpolitik der Konservativen nicht durchgeführt werden könne.

Als dann später Herr v. Zedlitz den Nationalliberalen von neuem väterliche Ermahnungen darüber zuteil werden lassen wollte, ob sie in ihrer Politik sich mehr nach rechts oder links neigen sollen, wurde Herr Dr. Friedberg noch grober. Seine Bemerkung, daß Herr v. Zedlitz die Verstimmung zwischen den Freikonservativen und den Nationalliberalen sicher ganz willkommen gewesen sei, da sie ihm ja Anlaß gegeben habe, Dutzende von Artikeln darüber vom Stapel zu lassen, wurde auf der gesamten Linken mit verständnisinniger Heiterkeit aufgenommen. Jeder wußte, daß Herr Friedberg dem früheren Zeitungs-Geheimrat damit hat sagen wollen, daß er von dieser Preßtätigkeit lebe.

Herr von Zedlitz meldete sich dann auch nicht mehr zum Wort, sondern schickte seinen Freund Dr. Arendt vor, der aber wenig für ihn tat und schließlich recht sanftmütig und versöhnlich bat, die Streitaxt zu begraben. Auch die Deutsch-Konservativen ließen Herrn von Zedlitz eigentlich im Stich. Herr Dr. Irmer polemisierte zwar auch mit den Nationalliberalen, aber auch er schien kein Verlangen zu haben, das Geplänkel fortzusetzen, nachdem ihm Herr v. Eynern nochmals kräftig gedient hatte. Die Konservativen ließen den Nationalliberalen das letzte Wort und schnitten den Freikonservativen durch einen Schlußantrag das Wort zur nochmaligen Entgegnung ab.

Sodann kam noch der Zentrumsredner Dr. Porsch, der sich über die Wassersteuer in den durch Hochwasser geschädigten schlesischen Wahlkreisen beschwerte und vom Landwirtschaftsminister eine wohlwollende Erklärung provozierte, und der polnische Redner v. Stanzynski zum Wort. Der Redner der Polen beschwerte sich mit Recht darüber, daß der Minister des Innern v. Hammerstein am Dienstag widerspruchslos sagen konnte, die Deutschen haben zu befehlen und die Polen zu gehorchen. Er meinte, eine solche Aeußerung sei nur in einem Parlament möglich, das in seiner Mehrheit aus sich gehorsam fühlenden Untertanen und nur in seiner Minderheit aus unabhängigen, freigesinnten Männern besteht.

Der nationalliberale Vizepräsident, Herr Krause, der gerade präsidierte, wollte diese Charakterisierung des preußischen Junkerparlaments nicht gelten lassen und rief Herrn v. Stanzynski zur Ordnung. An der Richtigkeit seiner Aeußerung wird durch den Ordnungsruf nichts geändert. Der Donnerstag bleibt für die Beratung der Budgetkommission frei. Die nächste Sitzung findet am Freitag statt. Zur Beratung stehen kleinere Vorlagen.

Bei den Bedingungen ist bemerkenswert, daß eine Reihe von Zeugnissen der Braut und des Bräutigams beigebracht werden müssen. Außerdem wird aufmerksam gemacht, daß die Braut „nicht über drei Jahre älter als der Bräutigam sein darf".

Der Brand in Aalesund. Wie aus Aalesund berichtet wird, sind die Wertpapiere und das Bargeld der Kreditbank in dem Brande verloren gegangen. Viele Einwohner hatten nichts versichert. Außer den bereits genannten Gebäuden ist auch das neue städtische Museum niedergebrannt. Mehr als 10,000 Menschen sind noch obdachlos. Gaben laufen aus allen Gegenden ein. In allen norwegischen Städten haben sich Hilfskomitees gebildet.

Die Brandkatastrophe, durch die Aalesund in Asche gelegt worden, ist die größte, die seit einem Jahrhundert in Norwegen stattgefunden hat. Der Schaden wird auf mindestens 20 Millionen M. beziffert, wovon, wie der „Voss. Ztg." aus Christiania geschrieben wird, etwa 12 Millionen auf Gebäude und der Rest auf Mobiliar sowie auf Warenbestände entfallen. Aalesund galt als eine der feuergefährlichsten Städte Norwegens, da die etwa 900 Gebäude, welche die Stadt zählt, mit einigen wenigen Ausnahmen ausschließlich aus Holz bestanden. Es war dies indessen in den eigentümlichen Naturverhältnissen des Platzes begründet. Die Inseln, auf denen Aalesund gebaut war, liegen am offenen Meere und sind unmittelbar allen Unbilden des feuchten Elements ausgesetzt. Tobten Weststürme, dann wurden einzelne Stadtteile förmlich in einen Wasserstaub gehüllt. Bei diesem Klima konnte daher Kalk nicht verwendet werden, doch waren häufig die Grundmauern bis zur Höhe des ersten Stockwerks aus Feldsteinen hergestellt, was einen eigentümlichen Anblick gewährte.

30 Personen verschüttet. Zum Bau einer neuen Zweigbahn in der Nähe von Jabkowice in Rußland sollte von einer Halde der Laurahütte Schlacke abgefahren werden. Plötzlich löste sich eine Schlackenwand und begrub dreißig Arbeiter unter sich. Nach zweistündiger angestrengter Rettungsarbeit wurden sieben Leichen aus dem Geröll hervorgeschafft; die Bergungsversuche wurden fortgesetzt.

Ein Brand in der „Kölnischen Zeitung." Montag Nachmittag 4½ Uhr brach, wie aus Köln gemeldet wird, im Dachstuhl der Stereotypie der „Kölnischen Zeitung" Feuer aus, welches das Dach einäscherte. Der Brand wurde in kurzer Zeit gelöscht. Der Betrieb ist nicht gestört.

Die Laboratoriumspest in Petersburg hat sich leider nicht auf einen einzigen Fall beschränkt. Nach der „Frankf. Ztg." sind außer dem Leiter des Laboratoriums des kaiserlichen Instituts für Experimentalmedizin Wyschnekewitsch auf dem Fort Alexander I noch zwei Feldscherer an Pest erkrankt.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 27. Januar 1904.

* **Achtung, Korkarbeiter!** Bei der Firma Faltin in Breslau ist wegen Lohndifferenzen die Arbeit niedergelegt worden. Es wird gebeten, dies zu beachten.

* **Bahnhofs-Nachtwächter als Einbrecher.** Aus der Untersuchungshaft vorgeführt, erschienen vor der Strafkammer die bisherigen Nachtwächter des Niederschlesisch-Märkischen Bahnhofs August Kobisch und August Reim unter der Anschuldigung, einen schweren und mehrere einfache Diebstähle gemeinschaftlich während ihrer Tätigkeit als vereidete Beamte ausgeführt zu haben. Mittels der jedem Beamten zugänglichen Schlüssel zum Warteraum öffneten sie diesen, erbrachen den hinter dem Buffet stehenden Glasschrank sowie einen Eisschrank und entwendeten aus diesen Behältnissen eine Menge Liköre, Zigarren, Zigaretten, Wurst und Chokolade. Von einem der Firma S. Beier gehörigen Rollwagen, der mit Glas- und Porzellanwaren beladen, doch über Nacht auf dem Güterbahnhof stehen geblieben war, stahlen beide eine Anzahl Geschirr und Vasen. Nachdem der Diebstahl entdeckt worden war, kamen zunächst die beiden Wächter in Verdacht. Eine bei ihnen vorgenommene Haussuchung überführte sie der Diebstähle und beide wanderten in Untersuchungshaft. Bei der Verhandlung waren beide geständig. Da sie noch unbestraft waren, billigte ihnen das Gericht mildernde Umstände zu und verurteilte Kobisch zu 1 Jahr 3 Monaten, Reim, dem zwei einfache Diebstähle zur Last gelegt wurden, zu 1 Jahr 4 Monaten Gefängnis. Gegen beide wurde auch auf dreijährigen Ehrverlust erkannt.

* **Städtischer Arbeitsnachweis.** Frequenz in der Woche vom 18. bis 23. Januar: a) Männer: Angebotene Arbeitskräfte 161. Zu besetzende Stellen 56. Besetzte Stellen 48. b) Frauen: Angebotene Arbeitskräfte 91. Zu besetzende Stellen 115. Besetzte Stellen 39.

* **Im Proletarierhause.** In einer im ersten Stock des Hinterhauses Sadowastraße 20 gelegenen Wohnung brach Dienstag Nachmittag Feuer aus, welches eine Anzahl Betten zerstörte. In der Wohnung wurden ein 4 Jahre alter Knabe und ein 3 Jahre altes Mädchen von den Löschmannschaften besinnungslos und fast erstickt aufgefunden. Unter Leitung eines Arztes wurden Wiederbelebungsversuche veranstaltet, wobei die Sauerstoffbehandlung mit Erfolg angewendet wurde. Die Kinder dürften sich außer Lebensgefahr befinden. Der Stubenbrand war bald erstickt worden. Der Vater — der längere Zeit arbeitslos gewesen — befindet sich im Gefängnis, die Mutter auf Arbeit und die 12jährige Tochter trug der Mutter ihr Mittagessen. So blieben die Kleinen ohne Aufsicht. Kluge Leute zetern über die Eltern, die nicht acht auf ihre Kinder geben.

* **Wie Proletarier sterben!** Entseelt aufgefunden wurde am 25. d. Mts., Nachmittags, eine Rentenempfängerin in ihrer Wohnung auf der Feldstraße, nachdem die Wohnung der seit mehreren Tagen vermißten Frau gewaltsam geöffnet worden war. Der Tod dürfte bereits vor etwa acht Tagen, durch einen Herzschlag verursacht worden sein. Die Leiche wurde in die Anatomie geschafft.

* **Verunglückt.** Am 25. d. Mts., Vormittags, stürzte im Konzerthause ein Arbeiter von einer hohen Leiter, erlitt aber außer einer Kopfwunde keine anderen Verletzungen. Es wurde ihm alsbald ein Verband angelegt. — Als ein Kutscher in einem Grundstück auf der Neuen Oderstraße auf einer Leiter nach dem Heuboden stieg, zerbrach die Leiter und der Mann stürzte ab. Er erlitt eine erhebliche Verletzung des rechten Fußes und mußte deshalb im Allerheiligenhospital Aufnahme suchen.

* **Straßenbahnunfälle.** Am 25. d. Mts., Abends, fuhr auf dem Mauritiusplatz ein Fleischerwagen mit einem Straßenbahnwagen zusammen. An letzterem wurde der Vorderperron eingedrückt. — An demselben Tage erfolgte auf dem Sonnenplatz ein Zusammenstoß zwischen einem schwer mit Brettern beladenen Wagen und einem Motorwagen der Straßenbahn. Der Motorwagen wurde derart beschädigt, daß er außer Betrieb gesetzt werden mußte.

* **Unheimlicher Fund.** Beim Umgraben im Garten eines Grundstücks auf der Bohrauerstraße sind dieser Tage ein Menschenschädel und einzelne Knochen, die zum Teil vermodert waren, zu Tage gefördert worden. Die Knochenreste lagen in einer Tiefe bis zu zwei Metern, und dürften dort schon viele Jahrzehnte gelegen haben.

* **Brände.** Am 25. d. Mts., Nachmittags, geriet in einer Wohnung Ohlauestraße 58 die Dielung unter einem Ofen in Brand. Die Feuerwehr mußte den Ofen abbrechen. — Abends wurde die Feuerwehr nach Klosterstraße 47 gerufen, wo im Heuboden eines Stallgebäudes ein Futterkasten und ein Quantum Heu in Flammen aufgegangen war. — Nachts gegen 3 Uhr erfolgte abermals ein Alarm, weil in dem Hause Schweidnitzerstraße 31 ein Schornsteinbrand ausgebrochen war. Die Brände wurden bald erstickt.

* **Blinder Feuerlärm.** In einer Wohnung, Kleine Fleischbänke 12, war heute ein Ofen aufgesetzt worden und als Feuer angemacht wurde, entwickelte sich, da anscheinend der Schornstein verstopft war, ein überaus starker Rauch. Die Feuerwehr wurde gerufen, rückte aber sofort wieder ab, da eine Brandgefahr nicht vorlag.

* **Ein Bissiger.** Am Sonntag Abend machte ein Eisendreher in einer Restauration auf der Allenstraße argen Skandal, weshalb schließlich ein Schutzmann gerufen wurde. Gegen diesen ging der Eisendreher sofort vor und biß sich in eine Hand desselben fest. Erst als der Beamte nach wiederholtem Ringen von einer Waffe Gebrauch machen mußte, ließ der Mann die Hand los und wollte flüchten. Er wurde aber bald festgenommen. Der Beamte mußte ärztliche Hilfe nachsuchen, da er erhebliche Bißwunden erlitten hatte.

* **Gestohlener Hund.** Am 19. d. Mts., Abends, ist in einem Gebüsch in den Anlagen am Lehmdamm ein großer dunkelbrauner Hund, dessen Beine gefesselt waren, gefunden worden. Der Hund dürfte von einem Diebstahl herrühren.

* **Unfall.** Am 24. d. Mts. stürzte auf dem Berlinerplatz ein Viehhändler von seinem Wagen und zog sich eine Stirnwunde zu. Feuerwehrmannschaften legten ihm einen Notverband an.

* **Diebstähle.** Einem Fleischermeister wurde von seinem Pferde herab eine wollene Decke gestohlen. — Einem Hotelbesitzer aus Rosenberg O.-S. wurden ein Fuchswallach mit Blässe, ein Brettwagen und zwei englische Geschirre gestohlen. Der Dieb dürfte versuchen, das gestohlene Gut hier zu verkaufen. — Ferner wurden gestohlen: einem Oberkellner aus einem Etablissement auf der Gartenstraße ein schwarzes Jackett nebst einer Quittungskarte auf den Namen Buse und von der Ladentür eines Geschäftslokals auf der Friedrich-Wilhelmstraße eine schwarzweißgestreifte Kammgarnhose.

* **Verhaftet** wurde ein Arbeiter, der aus der Ladenkasse einer Restauration 3,50 Mark gestohlen hatte.

* **Polizeiliche Meldungen.** In das Polizeigefängnis wurden am 25. d. Mts. 30 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden: eine Damenremontoiruhr, eine schwarze Pelzboa, eine Damenuhrkette, zwei Schlüssel, ein Teil einer Klarinette und ein Hundertmarkschein. — Abhanden kamen: ein dunkelblauer Pompadour, mehrere Pferdedecken, ein graugestreiftes Taschentuch, ein langer schwarzer Schal, ein goldener Brillantring, ein silbernes Pincenez mit gelbledernem Etui, eine silberne Remontoiruhr, eine goldene Damenremontoiruhr, ein Schlüsselbund und drei Portemonnaies mit 2 Mark, 18—20 Mark und 41 Mark.

Brieg, 25. Januar. Man schreibt uns: Ein sehr „gebildeter" Herr ist der hiesige Zahnarzt Hermann Caro, der eines Abends in dem renommierten „Hotel Baumann" saß und auf sein Abendbrot wartete. Endlich erschien der Kellnerlehrling Hans Geisler mit zwei Portionen Schmorbraten, von denen er die kleinere vor Herrn Caro hinsetzte. Auf den Einwand Caros, weshalb er nicht die größere bekäme, erwiderte ihm Geisler, die größere Portion sei eine ganze, die andere eine halbe Portion. Herr Caro zahlte nur für eine halbe, mithin könne er nur die kleinere erhalten. Diese Erklärung befriedigte aber Herrn Caro nicht, sondern er fühlte sich dadurch zurückgesetzt und beleidigt, deshalb ließ er seine Wut an dem schwächlichen Jungen aus und schlug ihm ein paar Ohrfeigen herunter. Der Lehrling Geisler ließ sich die Ohrfeigen ruhig gefallen, und es wäre auch keine Anzeige erfolgt, wenn nicht andere Gäste an dem Betragen Anstoß genommen hätten und den Vater des Geisler veranlaßten, die Sache anhängig zu machen. Die gestrige Verhandlung ergab so manches Interessante. Herr Caro war nämlich in Krotoschin schon dreimal wegen Roheitsdelikte bestraft. Außerdem war er in Breslau zweimal wegen Duellvergehens zu 3 und 5 Monaten Festung verurteilt worden. Der Amtsanwalt beantragte 200 Mark oder 25 Tage Gefängnis. Das Urteil lautete auf 120 Mark oder 10 Tage Gefängnis.

Neisse, 25. Januar. Damenkneipen und Zentrum. Die hiesige Polizei scheint nun auch gegen die Damenkneipen, deren es hier auffallend viele giebt, zum Schmerz unserer Zentrümler etwas strenger vorgehen zu wollen. Es ist den Inhabern solcher Lokale die polizeiliche Verfügung zugegangen, ab 1. April um 10 Uhr zu schließen oder bis dahin die Kellnerinnen abzuschaffen. Die Ursache dieser Verfügung dürfte darauf zurückzuführen sein, daß in letzter Zeit vielen solcher Wirte die Konzession wegen Kuppelei entzogen wurde, darunter auch solchen, in welchen nur die besseren und „schwärzesten" Kreise verkehren. Gerade in diesen Lokalen sollen besonders tolle Sachen vorgekommen sein. Anstatt solche Lokale überhaupt zu verbieten, erhalten die Besitzer, und bei Verkäufen rc. ihre Nachfolger, immer wieder die Konzession. Würden in diesen Kneipen Arbeiter verkehren, würde man anders verfahren. Eine hiesige Weinkneipe ist auch für Fähnriche verboten worden, aber nicht etwa, weil Sozialdemokraten dort verkehren, sondern aus anderen, viel „neiteren" Gründen. Vielleicht sagt uns die „Neisser Zeitung" den genauen Sachverhalt, denn sie kennt die Ursachen des Verbotes sehr eingehend. Ueberhaupt ist es interessant, zu sehen, wie wenig das „biedere" Zentrum auf die Sittlichkeit in Neisse eingewirkt hat. Die Herren Klerikalen sind doch sonst so tief entrüstet über die „sündigen" Großstädte, wie Berlin, Hamburg, Breslau rc. In ihren schwarzen Domänen aber sieht's doch noch mindestens ebenso aus. Siehe die Neisser Damenkneipen-Verfügung. Darüber aber wird man in den schwarzen Volksverdummungsblättern, wie die „Neisser Zeitung" eines ist, nichts finden, das Blatt hat wohl zuviel mit Denunzieren — siehe die Antialkohol-Versammlung — zu tun. Deshalb kämpfen diese Wackeren auch für Wahrheit, Freiheit und Recht!

Wie sagte doch Heinrich Heine auf dieses Gelichter: „Ich kenne die Weise, ich kenne den Text, ich kenn' auch die Herren Verfasser, ich weiß, sie trinken heimlich Wein, doch öffentlich predigen sie Wasser!"

Gewerkschaftshaus.

Vorsitzender des Gewerkschafts-Kartells: Paul Volkmer, Kleine Fürstenstraße 21.

Mittwoch, den 27. Januar:

Arbeiter-Radfahrer-Verein. Zimmer Nr. 1.
Lehrkursus der Maurer. Zimmer Nr. 2.
Maurer-Gesang-Verein. Zimmer Nr. 3.

Donnerstag, den 28. Januar:

Zimmerer-Versammlung im Saale.
Maler-Verband. Zimmer Nr. 2.
Lehrkursus für Schneider. Zimmer Nr. 3.

Freitag, den 29. Januar:

Holzarbeiter-Verband Zimmer Nr. 1.
Gewerkschaftskartell. Zimmer Nr. 2.

Sonnabend, den 30. Januar:

Maskenball der Tapezierer im Saale.

Mitteilungen der Bezirksführer rc.:

Distrikt I (Gräbschen).

Bezirke 1 und 5. Sonnabend, den 30. Januar: Zusammenkunft. Der Bezirksführer.

Bezirk 3. Mittwoch, den 27. Januar, Abends 8 Uhr, Zusammenkunft. Das Lokal ist in den Mitgliedsbüchern angegeben. Zahlreiches Erscheinen ist notwendig.

Distrikt II (Nikolai-Vorstadt).

Bezirk 15. Sonntag, den 31. Januar, Vormittags 10 Uhr: Besprechung im bekannten Lokal. Die Mitglieder werden ersucht, sämtlich zu erscheinen. Der Bezirksführer.

Bezirk 16. Mittwoch: Zusammenkunft im bekannten Lokal. Zahlreiches Erscheinen notwendig.

Bezirk 18. Sonntag, den 31. d. Mts., Vormittags 11 Uhr: Zusammenkunft in dem bekannt gegebenen Lokal. Wahl eines stellvertretenden Bezirksführers. Erscheinen sämtlicher Mitglieder notwendig. W. Scholz, Bezirksführer.

Bezirk 23 (Tschepinerstraße umfassend). Mittwoch, 27. Januar: Zusammenkunft im bekannten Lokal. Empfangnahme der Mitgliedsbücher. Wahl eines stellvertretenden Bezirksführers. Der Bezirksführer.

Bezirk 111 und 112. Mittwoch, den 27. Januar, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft im Lokal B. Der Bezirksführer.

Distrikt III (Oder-Vorstadt).

Bezirk 41. Donnerstag, Abends 8½ Uhr: Zusammenkunft der Mitglieder im bekannten Lokal. Pünktliches und vollzähliges Erscheinen dringend erwünscht. Arldt, Bezirksführer.

Distrikt VI (Ohlauer und Schweidnitzer Vorstadt).

Bauarbeiter in Hartlieb-Krietern. Am 30. Januar Zusammenkunft im bekannten Lokale.

Versammlungen und Vereine.

Striegau. Gesangverein Vorwärts. Jeden Freitag Uebungsstunde. Die Mitglieder werden ersucht, recht vollzählig zu erscheinen, auch werden in jeder Gesangstunde Mitglieder aufgenommen. Der Vorstand.

Häslicht bei Striegau. Sozialdemokratischer Wahlverein für Häslicht und Umgegend. Sonntag, den 31. Januar, Nachmittags 3 Uhr: Beitragszahlung bei Genossen Robert Jakob. Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.